# Barnimer Bürgerpost

NR. 211 · 18. JAHRGANG · AUSGABE 8/2012 VOM 7. AUGUST 2012 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 »...dann müssen Sie sich prostituieren«

Altenheim Finow »Webers Ablage«

6 Zwölf Jahre Sprechstunde 12 unterm freien Himmel

Margitta Mächtig zieht Bilanz

Schöne Ideale

Liberalismusdiskussion

# Ein Eberswalder Trauma

### Die »deutsche Einheit« begann in Eberswalde mit einem rassistischen Mord

Am 12. August 2012 wäre Amadeu Antonio 50 Jahre alt geworden. Er wäre – wenn ihn nicht in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 deutsche Rassisten in Eberswalde brutal niedergeschlagen hätten. Wenige Tage später, am 6. Dezember 1990, starb Amadeu Antonio an den Folgen der Mißhandlungen.

Die Eberswalder Stadtverordnetenversammlung kommt am 12. August, um 14 Uhr, im großen Saal des Tourismuszentrums am Familiengarten zusammen, um Amadeu Antonio zu gedenken.

Die Gedenkveranstaltung wird musikalisch umrahmt. Es ist vorgesehen, daß der 1. Stellvertreter der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Eckhard Schubert, der Vorsitzende des Afrikanischen Kulturvereins Palanca e.V. Augusto Jone Munjunga, der ehemalige Leiter der Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit Dr. Mohamed Hamdali sowie Bürgermeister Friedhelm Boginksi Reden halten. Anschließend begeben sich die Teilnehmer der Veran-

staltung zur Gedenktafel vor dem Gelände der ehemaligen Chemischen Fabrik, um am Ort des schrecklichen Angriffs auf Amadeu Antonio laut der verschickten Einladung »noch einmal inne zu halten«.

Im Vorfeld der Veranstaltung besteht die Möglichkeit, ab 13.30 Uhr die Ausstellung »Angolanische Vertragsarbeiter in der DDR« im Foyer des Tourismuszentrums zu besuchen.

Zu einer Benennung der Straße, in der die Bluttat geschah, nach Amadeu Antonio wird es vorerst nicht kommen. Den Initiatoren war es nicht gelungen, mit ihrem Anliegen die einfachen Menschen in Eberswalde zu erreichen.

Jene, die von den Medien alltäglich mit dumpfen rassistischen Vorurteilen vollgestopft werden und selber oftmals zu den sozialrassistisch



Ausgegrenzten gehören, wollten den offiziellen Gutmenschen – nicht selten dieselben, die die soziale Ausgrenzung, wenn nicht propagieren, so doch praktizieren – keinen Glauben schenken. Ein gutes Klima für faschistische Wühlmäuse, die in Eberswalde schon aktiv sind.

Die Offiziellen zogen den Kopf ein und schoben die Verantwortung ab. Keine offensive Auseinandersetzung, es könnten ja der eigene Sozialrassismus oder gar die materiellen Grundlagen faschistischer Ideologie zur Sprache kommen. Arbeitsgruppen und Kommissionen sollen's im Stillen richten. Immerhin aber wird offiziell gedenkfeiert.

GERD MARKMANN

# Bruder Amadeu

Wir hier total in Rage Wegen deinem Tod Es gibt keine Zivilcourage Es hilft dir niemand in der Not

Ref.: Bruder Amadeu, wir wollten dir noch sagen Daß wir dich niemals vergessen haben

Ein Haufen von Faschisten, die totgeschwiegen werden Total besoffen, psychisch krank Sie waren dein Verderben In diesem unseren Land

Ref ·

Die Zeit heilt alle Wunden Das glaubst auch nur du (Faschist!) Du wirst dich schon noch wundern Wir geben keine Ruh

*Ref.:...* 

Die Welt gehört uns allen Ob du willst oder nicht Du kannst nur dumm rumlallen Du checkst es einfach nicht

Bruder Amadeu, eins sollst du noch wissen Wir werden dich für alle Zeit unheimlich vermissen

FALKO LÜDTKE



### Saure Gurken

In dieser Zeit berichten Zeitungen gewöhnlich über den größten Steinpilz aller Zeiten, Lisas Ringelsöckchen und die Ausstellung von Unno Urnstein in Urbshausen. Damit ist jedes Jahr im Sommer zu rechnen, wenn die wichtigen Leute in Urlaub sind.

In diesem Jahr scheinen die Gurken besonders sauer. Man liest und bemerkt, daß eigentlich nichts los sein kann. Oder trügt die Ruhe, wie vor einem Sturm?

Nach meiner Meinung finden gegenwärtig bedeutende Veränderungen des Staatsaufbaus in den 17 Eurostaaten statt. Seit der Einführung des Euros wurde eine großartige wirtschaftliche Integration erreicht. Wir Europäer sind uns in vielem näher gekommen. Politische Konsequenzen der einheitlichen Währung und Wirtschaft sind allerdings verdrängt und verschleppt worden. Die Staatsschulden- oder Bankenkrise ist Ausdruck dieser Versäumnisse und kann nur durch weitreichende politische Veränderungen behoben werden.

Das gemeinsame Geld hat unabdingbar ähnliche wirtschaftliche und politische Verhältnisse zur Folge. Die Wirtschaft hat einen großen Teil ihrer Aufgaben erfüllt. Die Politik hinkt wie immer hinterher. Das wird jetzt auch der letzten Gurke klar.

Wir erleben, wie sich der politische Prozeß beschleunigt. Aus aus den Nationalstaaten, die noch vor 67 Jahren gegeneinander Krieg führten, entsteht etwas Neues, das über die Währungsunion und die Wirtschaftsunion hinausgeht. Die Eurostaaten werden weitere Kompetenzen an die Zentrale abgeben. Ihre politische Ordnung und kulturelle Identität wird sich angleichen. Das Neue wird weder Staatenbund noch Bundesstaat sein. Vielleicht findet man später für diese politische Union und die schnelle Wandlung auch einen Namen. Jetzt wird einfach gehandelt, der Sachzwang regiert. Es ist Revolution.

Die armen Griechen und Spanier lernen für uns alle besonders nachdrücklich, wie sich das anfühlt und was eine politische Union bedeutet. Sie werden sehr schnell und schmerzhaft ihre staatliche Ordnungen, ihre Gesetze und Einstellungen zu einer Vielzahl von Dingen auf Druck ihrer Geldgeber verändern. Ob sie wollen oder nicht. Die anderen Eurostaaten werden aus Sorge vor überstürzten Veränderungen von sich aus ebenfalls umfassende Maßnahmen ergreifen. Manchem sind die Vorgänge nicht geheuer und er klagt vor dem Verfassungsgericht. Wenn es um den Fortschritt geht, hilft Klagen und Jammern nicht. Es bleiben nur zwei Optionen. Entweder man gestaltet den Prozeß oder man findet sich mit den Ergebnissen ab. Die sauren Gurken haben sich für Abwarten und vernebeln entschieden.

Wir wollen gestalten und versuchen, über die Vorgänge zu berichten, denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF

# Der gelbe Pfeil erreichte Eberswalde



**Eberswalde (hl/bbp).** Der gelbe Pfeil ist Symbol für die Forderung \*380 kV? Ab in die Erde«. Am 2. Juli erreichte der gelbe Pfeil die Eberswalder Ortsteile Finow und Brandenburgisches Viertel. Entlang der Grenze zwischen beiden Stadtteilen soll die neue 380-kV-Freileitung, die sogenannte \*Uckermarkleitung«, gebaut werden. Die Abstände zu den Wohnblocks würden teilweise weniger als 100 Meter betragen. Mitglieder der Bürgerinitiative \*Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat!« stellten auf der geplanten Hochspannungstrasse zwischen der Eberswalder und der Schönholzer Straße die ersten drei zur Erde gerichteten gelben Pfeile auf. Keine Hochspannungsfreileitungen in Schutz- und Wohngebieten, lautet die Botschaft. An der Aktion nahmen auch die beiden Ortsvorsteher Arnold Kuchenbecker von Finow und Carsten Zinn vom Brandenburgischen Viertel teil. Bereits im Juni hatten die Eberswalder Stadtverordneten in ihrer Stellungnahme zum aktuellen Planfeststellungsverfahren ihre Forderung erneuert, die Höchstspannungsleitung im Stadtgebiet als Erdkabel zu verlegen (BBP 7/2012).

### Aktionsfonds Eisenbahnstraße

**Eberswalde (bbp).** Nach den Erfahrungen im Brandenburgischen Viertel steht seit Mitte des Jahres auch für das Quartier Eisenbahnstraße ein Aktionsfonds zur Verfügung (BBP 7/2012). Wie die Stadtverwaltung auf Nachfrage mitteilte, stehen in diesem Jahr 9.000 und im nächsten Jahr 18.000 Euro zur Verfügung. Der Aktionsfonds wird aus Mitteln des Programms

»Kooperation konkret – Experimenteller Wohnungs- und Städtebau« vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bereitgestellt.

Der kürzlich eingesetzte Koordinator Nicky Nerbe, soll inzwischen den Job wieder aufgegeben haben. Über eine Nachfolge ist noch nichts bekannt.

# Ein Gleichnis

Neben einem properen jungen Mann wohnte eine geile alte Vettel. Das Weib trug billigsten Schmuck. Es schminkte sich grell und roch nicht nur aus dem Mund übel. Lust machte ihm, über andere zu quatschen und zu tratschen. Einem Jagdhund gleich war es hinter allem her, was auch nur den Anschein von Sünde und Skandal hatte. Dabei stieg das Frauenzimmer mit jedem, der gut zahlte, ins Bett. Auch der Pfarrer gehörte zur Kundschaft. Es ging das Gerücht, die eine und andere Kollekte sei auf dem Nachttisch der Dame gelandet.

Daran, daß feinere Leute sie mieden und verachteten, hatte sie sich über die Jahre hin gewöhnt. Ihr genügte die Sympathie des Pöbels. Ärgerlich nur war, daß der Jüngling im Haus nebenan sie konsequent mied. Den frischen, glatten Knaben hätte sie nur zu gern auf

ihr Lotterlager gezerrt. Ihr Sehnen wuchs sich zur Gier aus. Ihn zu haben – das wäre die Krönung. Der Beweis, daß ihrem Werben keiner im Dorfe widerstehen kann. Versuche, mittels parfümierter Briefchen auf rosa Papier zu locken, schlugen ebenso fehl, wie eine dem jungen Mann zugespielte Leumundserklärung von alleroberster Behörde, die Bürgerin B. habe sich, freilich auf spezielle, aber grundsätzlich zu begrüßende Weise um das Gemeinwesen verdient gemacht.

Da langte das alte Weib, just zu ihrem 60. Geburtstag, zum letzten Mittel. Unter Mithilfe eines Briefträgers schmuggelte es sich ins Schlafzimmer des Umworbenen. Der aber warf BILD ungelesen in den Müll. Nicht ohne sich vorher, aus hygienischen Gründen, Gummihandschuhe übergezogen zu haben.

\*P.S.\*\*



# "...dann müssen Sie sich prostituieren

Als unmittelbare Begleiterin und Interessenvertreterin für die ver.di-Mitglieder unter den Beschäftigten im Altenpflegeheim an Webers Ablage 1 im Eberswalder Ortsteil Finow will ich nachfolgend die Sicht der zuständigen Fachgewerkschaft, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di im Bezirk Uckermark-Barnim, auf die beabsichtigte Privatisierung der Pflegeeinrichtung schildern. Dies auch in Reflexion des Beitrages der Vorsitzenden des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales im Kreistag Kerstin Mutz (DIE LINKE) in der Juli-Ausgabe der Zeitung der Barnimer LINKEN »Offene Worte«.

as Thema »Verkauf des Altenpflegeheimes« geistert schon seit 2011 sehr intensiv in den verantwortlichen Köpfen herum. Von den Medien ebenso interessiert aufgegriffen, wie natürlich und insbesondere von den betroffenen Heiminsassen einschließlich deren Angehörigen und dem Pflegepersonal.

Die Beschäftigten des Altenpflegeheimes Finow fühlen sich auch weiterhin stark verbunden mit den Menschen, die in dem Heim wohnen, einschließlich ihrer Angehörigen. Sie hoffen sehr, daß sie durch den Träger- und und den daraus resultierenden Personalwechsel des Betreibers so wenig wie möglich in ihrem täglichen Tagesablauf beeinträchtigt werden und auch weiterhin alle notwendige hochqualifizierte Pflege und Aufmerksamkeit erhalten, die sie bisher gewohnt waren und weiterhin dringend benötigen.

Der Landkreis Barnim ist der Dienstherr der Beschäftigten und bisheriger Eigentümer des Altenpflegeheimes Finow. Am 31. Mai 2012 beauftragte der Kreistag in nichtöffentlicher Sitzung mit übergroßer Mehrheit den Landrat, einen schnellen Trägerwechsel herbeizuführen. Insbesondere der Sozialausschuß hatte bis dahin die federführende Verantwortung, um unter den vorliegenden Bewerbern einen neuen Eigentümer auszuwählen. Die Kriterien wurden seit erstmaliger Ausschreibung des Interessenbekundungsverfahrens bis zum Ende im Frühjahr 2012 leider immer wieder verändert. Zum Schluß blieb nur noch ein »Rumpfgerüst« der anfänglich gestellten Anforderungen übrig.

ls sich abzeichnete, daß sich die Arbeits-Als sich abzeichnete, und den Abedingungen für die Beschäftigten inhaltlich und finanziell sehr verschlechtern sollten, beschlossen sie in die Offensive zu gehen und ver.di mit ins Boot zu holen. Die Fachgewerkschaft wandte sich an die Mitglieder des Sozialausschusses, um in die Diskussionen um den Auswahlprozeß einbezogen zu werden. Die Gesprächsangebote seitens ver.di wurden jedoch leider von keinem der Mitglieder des Sozialausschusses, einschließlich der Vorsitzenden, je in Anspruch genommen. Alle Sitzungstermine des Ausschusses für Gesundheit, Senioren und Soziales, fanden – ohne auch nur ein einziges Mal die Betroffenen, weder die im Heim Wohnenden, noch die Beschäftigten zu hören - in »geheimer Runde« nicht öffentlich statt.

Der Heimbeirat des Altenpflegeheimes einschließlich der couragierten Vorsitzenden Ursel Werner warf letztlich das Handtuch. Weil es – entgegen aller in der Öffentlichkeit dargestellten Behauptungen - keine Beteiligung der Betroffenen gab und sie sich verschaukelt und vorgeführt fühlten.

The master himself »Mister Burchard Führer« hatte sich in einem Vorstellungstermin vor den Beschäftigten des Altenpflegeheimes Finow gar zu der Aussage verstiegen: »Einen Betriebsübergang nach § 613a BGB wird es mit mir nicht geben!« Es wurde von Beginn an von ihm festgelegt, daß er das »technische Personal« auf keinen Fall übernehmen werde. Dies stellte schon hier einen Rechtsbruch dar!

Damit hatte Burchard Führer sehr frühzeitig und deutlich den Beschäftigten erklärt, welche Rechtsauffassungen er vertritt und wie zukünftig mit dem Arbeitsrecht im Hause Webers Ablage umgegangen werden soll. Betriebsräte – so die Aussage seines beauftragten Rechtsanwaltes - braucht man in den Betrieben der Führer-Gruppe nicht. Es gebe keine Probleme.

Hier wird mit »verdeckten Karten« gespielt. So behauptet Führer – und auch die Kreistagsabgeordneten wurden damit irregeleitet - eine bundesweit einheitliche Gehaltstabelle käme zur Anwendung. Hier nutzte die Unternehmensgruppe Führer bereits die Unkenntnis der Beteiligten aus, denn einen Tarifvertrag gibt es nicht.

Vielmehr wird allein durch den Führer der Führer-Gruppe bestimmt, wann und welche Entgelterhöhungen »seine Vasallen« bekommen. Tarifverhandlungen zwischen der Unternehmensgruppe Führer und ver.di wurden bereits im Jahre 2008 abgebrochen, weil es zu keinem Konsens kam.

Gegen das geltende Recht des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 613a BGB) verstoßend, hat der Landkreis als Handlanger der Unternehmensgruppe Führer neue Arbeitsverträge an die Noch-Beschäftigten im Altenpflegeheim versandt. Die Personalabteilung des Landkreises hat den Beschäftigten - wider besseren Wissens – empfohlen, die Arbeitsverträge mit allen Verschlechterungen durch Unterschrift zu besiegeln.

Neue Arbeitsverträge sind zum derzeitigen Zeitpunkt überhaupt nicht zulässig. Dennoch berät der Landkreis seine Beschäftigten zu einem solchen »Geschäft«.

Sollte der Landkreis nicht unabhängig sein Sund vor allem gesetzliche Bestimmungen beachten? Die Ausschußvorsitzende Kerstin Mutz behauptet noch immer, daß sich die Barnimer LINKE, insbesondere deren Kreistagsfraktion, in sozialer Verantwortung um das Wohl aller Beteiligten gekümmert und in der Führer-Gruppe einen starken leistungsfähigen Partner gefunden habe.

Hat sich Kerstin Mutz – Rechtsanwältin im Hauptberuf - mit den Rechten und Pflichten des Paragraphen 613a im Bürgerliches Gesetzbuch zum Betriebsübergang für die Beschäftigten überhaupt auseinandergesetzt? Das ist nicht zu vermuten, wenn sie an der genannten Behauptung festhält.

Die Beschäftigten kämpften dafür, daß sie unter Fortgeltung ihrer bisherigen Arbeitsbedingungen – weiter im Altenpflegeheim Finow arbeiten dürfen. Sie wollten sich weiterhin um die Pflegebedürftigen kümmern, die ihnen seit Jahrzehnten mit Vertrauen und Anerkennung begegneten.

#### DIES WURDE IHNEN VERWEHRT.

Somit hat die Kreisverwaltung Barnim, insbesondere die verantwortliche Sozialdezernentin Silvia Ulonska, zu verantworten, daß den Heimbewohnerinnen und -bewohner zugemutet wird, daß jetzt neu eingestelltes Pflegepersonal für die zukünftige Pflege verantwortlich

Menschen, die sich in der Pflege von alten Menschen auskennen, werden wissen, daß es ein langwieriger Prozeß sein wird, alte und insbesondere im starken Maße demenzkranke Bewohnerinnen an neues Pflegepersonal zu gewöhnen. Vertrauen und Zeit sind es, was die alten Menschen benötigen die sie teilweise auf Grund ihres fortgeschrittenen Lebensalter nicht mehr haben.

Es wird sicherlich eine schwere und unruhige Zeit, die die Bewohnerinnen und Bewohner des Pflegeheims jetzt durchstehen müssen, denn nicht nur die vertrauten Menschen, sondern auch die vertraute Umgebung wird ihnen genommen.

Durch den Verkauf des Altenpflegeheimes an einen neuen Eigentümer entfällt auch eine Sondergenehmigung, durch die die baulichen Veränderungen des Heimes noch auf einige Jahre hätten hinausgezögert werden konnten. Nun müssen die Heiminsassen auch noch den Umbau bei laufenden Heimbetrieb ertragen.

Wir alle können nur hoffen, daß die Unternehmenss ternehmensgruppe Führer, nicht nur zwecks Gewinnsteigerung bei den Personalkosten sparen wollte, sondern endlich auch mit einem unternehmerischen Konzept die pflegerische Verantwortung für die Menschen in dem Heim übernimmt.

Gegenüber den bisher Beschäftigten des Pflegeheimes hat er deutlich gezeigt, daß er für sie nur Hohn und Spott übrig hat. Was sonst wollte er mit dem Ausspruch ausdrücken: »Wenn Sie Geld verdienen wollen, müssen Sie sich prostituieren«?



### Wanderwegmarkierung

Am letzten Tag im Juni starteten die Natur-Freunde Deutschlands Regionalgruppe Oberbarnim-Oderland e.V. wieder einen Arbeitseinsatz am Wanderwegenetz. Die NaturFreunde hatten sich dazu den Höhenweg um die Ahrendskehle ausgesucht. Nach Rücksprache mit Wolfgang von Allmen wandele man die Wegmarkierung in eine Aufräumaktion des vom Sturm mit Ästen übersäten Weges um. Die Helfer aus Bad Freienwalde und Strausberg schafften es trotz einiger Widrigkeiten, den Weg wieder gut passierbar zu machen. Eine weitere Aktion, die Beseitigung von Brennesseln und hohem Gras, wurde verabredet.



Durchgehend markiert wurde der Weg bereits im vergangenem Jahr von den Natur-Freunden. Einzig die Wegweiser fehlen noch. Diese werden im Herbst nach dem Holzeinschlag angebracht. Auch soll eine Bankgruppe an einer Aussicht neu errichtet werden.

Die NaturFreunde planen langfristig, den Höhenweg als Natura Trail (www.naturatrailsbrandenburg.de) mit entsprechenden Begleitfaltblatt zu eröffnen. Dazu stehen sie mit der Stadt Bad Freienwalde und dem Landkreis Märkisch-Oderland in Kontakt.

BERND MÜLLER

### Spielplätze unter der Lupe

Eberswalde (cz/bbp). Während des sogenannten »Kinderlärm-Gipfel« wurden massive Beschwerden zum Zustand der meisten städtischen Spielplätze im Brandenburgisches Viertel geäußert. Um zwischen gefühlter Wahrnehmung und Realität zu unterscheiden, fand am 10. Juli auf Initiative des Ortsvorstehers Carsten Zinn eine Spielplätze-Rundgang mit den betroffenen Eltern und weiteren Interessierten statt. Seitens der Stadtverwaltung standen an diesem Tag Amtsleiterin Kathrin Heidenfelder und der Erste Beigeordnete Lutz Landmann mit ihrer Sach- und Fachkompetenz zur Verfügung. Auch das Kinder-und Jugendparlamentes sowie der Seniorenbeirat waren vertreten.

Der Kiezrundgang begann am Spielplatz in der Schorfheidestraße des Brandenburgischen Viertel. Weitere Stationen waren die städtischen Spielplätze in der Lausitzer Straße, der Potsdamer Allee (Barnim- und Märkischer Park), der Rheinsberger Straße, der Nauener Straße und der Flämingstraße. Abschließend wurde der Verkehrsgarten am Vereinshaus in 4 der Havellandstraße 15 besichtigt.

### Verkürzte Variante der Ebertstraße-Süd

**Eberswalde (bbp).** Die Pläne für die Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd durch die Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) Eberswalde ändern sich. War im Herbst noch davon die Rede, die Gewerbeflächen in dem geplanten Komplex auf 6.000 Quadratmeter zu erweitern (»Ein neues Zentrum für Eberswalde«, BBP 12/2011), reserviert die neueste Planungsvariante nunmehr 4.383 Quadratmeter für das Gewerbe von H&M und C&A. Die vier anderen im Herbst erwähnten Interessenten gibt es nicht mehr. Auch von den »etwa 120 barrierefreien luxuriösen Wohnungen«, für die damals ausreichend Bewerber Schlange standen, verbleiben in der Variante 4e nur noch 85. Die 36 Zwei-, 33 Drei- und 16 Vierraumwohnungen ergeben eine Wohnfläche von 6.034 Quadratmetern. Jede Wohnung soll einen PKW-Stellplatz bekommen. Für die Kunden der Gewerbeanbieter sind keine Stellflächen vorgesehen. Die städtische Stellplatzablösesatzung greift laut Aussage der Baudezernentin Anne Fellner in diesem Bereich nicht.

Insbesondere die Fläche des mittleren der drei geplanten Gebäudekomplexe wurde reduziert, »um genügend Abstandsfläche zur Wohnbebauung in der Schickler- und Puschkinstraße zu erreichen und die Freiflächengestaltung zwischen den Gebäudekomplexen einzurichten«, wie Professor Friedrich vom Hamburger Planungsbüro pfp am 26. Juni den Mitgliedern des städtischen Bauausschusses auf einer eigens einberufenen Sitzung erläuterte. Statt 17 werde es nun nur noch 12 Treppenaufgänge incl. Liftanlagen geben. Dies, »um umweltfreundlich, wirtschaftlich und kostengünstiger zu werden sowie Betriebskosten zu minimieren«. Der ökologisch und ökonomisch sinnvollen Nutzung wegen sollen für die Heizung Erdwärmepumpen eingesetzt werden. Auch an eine Nutzung der Abwärme des Objektes wird gedacht.

Es müßten noch »viele Hausaufgaben« erledigt werden, sagte Baudezernentin Anne Fellner. Dazu gehören die Abstimmung mit der Katholischen Kirche als Eigentümer des Nachbargrundstückes, die Gründungsproblematik im Bereich des Weinberggrabens, der Brandschutz sowie der innerstädtische Gesamtblick. wie viele Gewerbeflächen für diesen Standort

Ende August soll die Kostenkalkulation durch das Büro pfp abgeschlossen sein und der WHG vorgelegt werden. Der neue WHG-Geschäftsführer Thomas Köchig informierte, daß für die neuen Wohnungen »sicherlich mit keinem Sozialmietpreis« zu rechnen sei. WHG und Stadt haben festgelegt, »daß sich dieses Projekt über einen Zeitraum von 50 Jahren selbst tragen muβ«. Erst wenn alle Kriterien erfüllt seien und der WHG-Aufsichtsrat zugestimmt habe, werde mit dem Vorhaben begonnen. Baudezernentin Fellner ergänzte, daß Köchig und sie »den Blick auf die Wirtschaftlichkeit richten«. Der Baugrund ist sehr schlecht, was allen bekannt war. Das Architekturbüro hatte die Aufgabe, mehrere Varianten auszuarbeiten, um besser abwägen zu können, was machbar und tragbar ist. Das »konkrete Zahlenwerk mit der Wirtschaftlichkeitsberechnung« werde den zuständigen Gremien, wie dem Aufsichtsrat, dem Finanz- und Hauptausschuß sowie der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt.

### 104. Ausstellung

## Gagarin in Afrika

Start: 18.08.2012 - 14.30 Ende: 09.09.2012 - 18.00

Veranstaltungsort: Zainhammermühle

Künstler: Frank Wiemeyer

Fotografie aus Elfenbeinküste und Mali

offen: samstags und sonntags von 14.30-18 Uhr Die Mühle e.V.

### Bürgerhaushalt verkommt zur Schimäre

Nach dem Vorschlag der Fraktion Die Fraktionslosen sollte der Bürgerhaushalt der Stadt Eberswalde »ein Teil des städtischen Gesamthaushaltes sein, der gemeinsam mit den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt und auf der Grundlage ihrer Vorschläge erarbeitet und nach einem Diskussionsprozeß in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung unter Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird«. Damit könnten das bürgerschaftliche Engagement der Eberswalder Einwohnerinnen und Einwohner verstärkt und ihr Einfluß auf den wichtigsten kommunalen Entscheidungsprozeß den städtischen Haushalt – erhöht werden. Das wäre ein Element der direkten Demokratie, das der repräsentativen Demokratie hinzugefügt würde. Statt dessen beschloß die StVV am 26. Juni in namentlicher Abstimmung das

so genannte »Bürgerbudget«, das die Bürgerbeteiligung auf einen sehr bescheidenen Teil des Haushaltes beschränkt, nämlich auf 50.000 Euro - bei einer Größenordnung des städtischen Haushaltes von ca. 50 Millionen Euro. Ein Tausendstel also.

Nach fünfjähriger Arbeit mit einem Bürgerhaushalt in Eberswalde mußten Schlußfolgerungen aus den Unzulänglichkeiten und Mängeln gezogen werden. Der gefaßte Beschluß geht aber in die falsche Richtung und wird keinen Fortschritt bringen, sondern stellt faktisch einen Rückzug aus der Bürgerbeteiligung dar. Diese Form des Bürgerhaushaltes ist nur noch ein demokratisches Mäntelchen, gewissermaßen ein Trugbild eines Bürgerhaushalts. Wahre Bürgerbeteiligung sieht anders aus. Eberswalde kann mehr.

ALBRECHT TRILLER



Stadtfraktion »Die Fraktionslosen« zur Aufgabenkritik:

# Den Bandstadtcharakter auflösen

Eberswalde (at/bbp). Aufgabenkritik ist ein Mittel, um den städtischen Haushalt zu entlasten und die vorhandenen Ressourcen effektiver zu nutzen. Die Planungen für die nächsten Jahre gehen von stagnierenden oder gar zurückgehenden Einnahmen für die Stadt Eberswalde aus. Zugleich sorgen Tariferhöhungen beim Personal und steigende Preise für Energie und Material für höhere Kosten. Das Thema Haushaltssanierung ist daher ein Dauerrenner. Auf der Stadtverordnetenversammlung am 28. Juni stand eine Vorlage zur Aufgabenkritik auf der Tagesordnung.

Mit »kritischer Beleuchtung der einen oder anderen Haushaltsposition in den verschiedenen Ressorts der Stadtverwaltung« sei die Haushaltssanierung aber nicht zu bewerkstelligen, meinte der Fraktionsvorsitzende der »Fraktionslosen« Albrecht Triller. »Es braucht dazu grundsätzliche Neuorientierungen in der städtischen Haushaltsund Wirtschaftspolitik.« Die Vorschläge und Anmerkungen seiner Fraktion fänden sich in den Papieren des Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff nicht wieder, bemängelte Triller. Gatzlaff allein habe das Heft des Handelns in der Hand. Allerdings ließen die bislang bekannt gewordenen Vorschläge der Stadtverwaltung, aber auch der anderen Fraktionen, »keine ausreichenden Einsparpotentiale erkennen«.

Auch von daher brauche es Überlegungen grundsätzlicher Art, die sich nicht darauf beschränken, gegen die mangelhafte Finanzausstattung der Kommunen durch Land und Bund zu protestieren. »Es gilt, die eigene Finanz- und Wirtschaftspolitik auf den Prüfstand zu stellen.« Dazu gehören beispielsweise alle städtischen Entwicklungskonzepte, wie das Wirtschaftsstandortentwicklungskonzept (WISTEK), das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (IN-SEK), der Verkehrsentwicklungsplan (VEP), Bebauungs- und Investitionspläne und andere. Zu prüfen sei insbesondere, »ob die darin enthaltenen Ziele und Maßnahmen noch zeitgemäß sind und den Anforderungen der Aufgabenkritik entsprechen«.

Entscheidungen zur städtischen Entwicklung dürften nicht vordergründig von Förderprogrammen abhängig gemacht werden. Diese erleichtern in der Regel nur den Maßnahmebeginn, lassen aber die Stadt mit den Folgekosten allein. »Investitionen müssen sich ohne Fördermittel rechnen und der langfristigen Stadtentwicklung dienen«. Auch dürfe sich die Stadtentwicklung nicht auf die Altstadt beschränken. »Die Fraktionslosen« fordern vielmehr eine ausgewogene Entwicklung aller Ortsteile.

Dementsprechend müsse der demografische Wandel zu einer Schrumpfung auf die Ortsteilkerne führen. »Es gilt, den Bandstadtcharakter von Eberswalde aufzulösen. « Eine Bebauung von Flächen entlang der B 167 zwischen den Ortsteilen müsse unterbleiben.

Zur Aufgabenkritik gehört auch die Betrachtung der kommunalen Unternehmen. Diese haben in erster Linie die Daseinsvorsorge als Aufgabe. Sie arbeiten mit dem Geld der Bürger, also müssen sie auch den Bürgerinteressen dienen und für die Bürger transparent sein.

Sorgenkind der Stadt sind vor allem die Technischen Werke Eberswalde (TWE). Die Rücklagen aus dem Verkauf der Stadtwerkeanteile sind aufgrund der kontinuierlichen Verluste der städtischen Gesellschaft bis 2017 aufgebraucht. Die Fraktionslosen fordern, die TWE »auf der Grundlage eines umgehend zu erstellenden Konzeptes zu sanieren«. Die Wirtschaftsfördergesellschaft Eberswalde (WFGE), Tochter der TWE, solle im Zuge der TWE-Sanierung aufgelöst werden.

Sowohl TWE als auch die Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft (WHG) sollen sich, so die Fraktionslosen, auf ihre originären Aufgaben zurückziehen. »Sie dürfen nicht Notnagel zur Lösung städtischer Probleme sein, die mit dem eigentlichen Geschäftszweck nicht zu tun haben.« Dazu gehöre beispielsweise die geplante Bebauung der Friedrich-Ebert-Straße Süd durch die WHG. »Nach dem verhängnisvollen Verkauf der Stadtwerke und deren Auflösung müssen die Bemühungen zur Rekommunalisierung der Energiewirtschaft der Stadt verstärkt werden.«

Die Konsolidierung der städtischen Finanzen, so Albrecht Triller, erfordere eine Beschränkung auf die zwingend notwendigen Maßnahmen der Daseinsvorsorge und der Pflichtaufgaben, für die die Eigenmittelfinanzierung gesichert ist. Für darüber hinaus gehende Aufgaben sollte privaten Investitionen der Vorrang eingeräumt werden.

Eine weitere Einsparungsmöglichkeit sehen »Die Fraktionslosen« darin, die Ausgaben für den sogenannten »externen Sachverstand« zu minimieren. Diese Gutachten, Analysen und Konzeptionen hätten zumeist den Charakter von »bestellten Gutachten«, die nur die Richtigkeit der Auffassungen des Bestellers bestätigen

Schließlich wird angeregt, die Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement, als schöpferisches Potential bei der Lösung der städtischen Aufgaben zu sehen, das es durch Bürgerhaushalt und andere Formen der Mitbestimmung zu nutzen gilt.



### Neu: Bauantrag digital

Eberswalde (prest-ew). Bauen in Eberswalde soll schneller und einfacher werden. In diesem Sinne möchte die Stadtverwaltung ihre Fallbearbeitung effizienter gestalten, den Bürgerinnen und Bürgern Wartezeiten verkürzen und Transparenz ermöglichen.

Das Bauen in der Stadt soll erleichtert, Investitionen vor Ort gesichert werden. » Unser Ansinnen ist es, wann immer sich gewerbliche Betriebe erweitern wollen, bekommen sie von der Stadt Eberswalde das Genehmigungsverfahren als Leistung aus einer Hand«, erklärt Baudezernentin Anne Fellner. Hierfür und für den Bau von Einfamilienhäusern möchte die Behörde ihre Zusammenarbeit mit den Planern optimieren: »Daher hatten wir Anfang Juni Planer der Region zu einer Regionalkonferenz geladen, in der wir ihnen Ziele und Inhalte unserer Effizienzstrategie vermittelt haben.«

Bauanträge können ab sofort auch digital abgespeichert beim Bauordnungsamt eingereicht werden. Dies kann per CD oder USB-Speicher-Stick erfolgen. Die elektronisch eingereichten Unterlagen verkürzen den Bearbeitungsaufwand und somit die Dauer eines Antragsverfahrens. Das Bauordnungsamt strebt eine Laufzeit von zwei Monaten an. Digital gespeicherte Unterlagen ermöglichen einen schnellen und parallelen Austausch innerhalb der Verwaltung mit den jeweilig zustimmungspflichtigen Ämtern. Zunächst ist es allerdings weiterhin erforderlich, den Bauantrag in dreifacher schriftlicher Ausführung einzureichen.

Als zusätzliche Serviceleistung bietet die Stadt auf ihrer Internetseite unter der Rubrik Stadtverwaltung den Punkt Bauen-Online an. Hier können alle nötigen Antragsformulare heruntergeladen und Informationen eingesehen werden. Außerdem können Bauherrn und Planer die einzelnen Bearbeitungsschritte eines laufenden Bauantrages im Internet zeitnah verfolgen. Hierfür wird ein Verlaufsprotokoll freigeschaltet, das der Antragsteller bequem über einen persönlichen Zugangscode jederzeit einsehen kann. Dieses Verfahren wird bereits von 52 Prozent der Antragssteller genutzt.

Das Angebot des direkten Austausches wurde von 50 Planern der Region angenommen. Daher soll im Herbst eine Regionalkonferenz in Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung Barnim den Dialog mit den Planern fortführen.

Für Nachfragen wenden Sie sich bitte an das Bauordnungsamt der Stadt Eberswalde, Amtsleiter Udo Götze (Tel.: 03334/64630, eMail: bauaufsicht.stadt@eberswalde.de).

### Virtuelle Allgemeinbibliothek

Die Virtuelle Allgemeinbibliothek (VAB) von Ingrid Strauch wird am 22. August 13 Jahre online sein. Mehr als 5.000 kommentierte Links gibt es dort. Seit einiger Zeit ist die VAB auch sehr aktiv via Facebook und Google+. Die VAB ist zu finden auf http://www.virtuel-KARL DIETZ 5 leallgemeinbibliothek.de.

gezählt



# Zwölf Jahre Sprechstunde unter freiem Himmel

Angefangen hatte alles mit einem Schirm, einem Klapptisch, vier Stühlen und einer Kanne Kaffee mit Dagmar Enkelmann im Jahr 2001. Damals hatten wir das Gefühl, wir müssen und wollen mehr »dem Volk auf 's Maul« schauen. Dies half uns so sehr, daß wir beschlossen, fortan jährlich in der parlamentsfreien Zeit »unter freiem Himmel« unterwegs zu sein. Inzwischen sind wir häufig getrennt unterwegs, aber die SufH – also die Sprechstunde unter freiem Himmel – hat sich etabliert.

Begonnen haben wir, Sabine Stüber, die Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Oberbarnim/Uckermark, und ich, in diesem Jahr am 16. Juli mit einem Besuch bei der Firma Theo Steil. Es war ein aufgeschlossenes Gespräch mit Vertretern der Niederlassung, in dem deutlich wurde, daß sich das Unternehmen als verläßlicher Partner der Energiebranche versteht. Interessant war zu erfahren, wie sich das Unternehmen um die berufsbegleitende Qualifizierung der Mitarbeiter bemüht und daß die Zertifizierung der Produktion zur Firmenphilosophie gehört. Darüber hinaus überraschte uns angenehm, daß sich das Unternehmen auch in der Verantwortung für die Ausbildung junger Barnimer sieht. Aber wer weiß schon, daß man in einem solchen Rohstoff-Unternehmen auch eine Ausbildung zur/m Industriekauffrau/-mann oder KFZ-Mechatroniker erhalten kann? Es ist immer wieder unverständlich, wieso einerseits Jugendliche nach der Schulausbildung keinen Ausbildungsplatz finden und andererseits Unternehmen händeringend Auszubildende suchen. Beim Thema Sondermüllverbrennung wurden

Unser zweiter Besuch des Tages galt dem Regionalbüro ErneuerBar, bei dem wir uns einen Gesamtüberblick über die unterschiedlichen Projekte des Büros machten, die Umweltkiste bewunderten und uns in einem intensiven Gespräch einig waren, daß die Arbeit des Regionalbüros im Barnim gebraucht wird und ein sicheres Standbein der Barnimer-Energie-Gesellschaft sein kann.

wir an die Hauptfirma verwiesen.

Am Nachmittag des ersten Tages luden wir gemeinsam mit meinem Landtagskollegen, Dr. Michael Luthardt, zum »Roten Kaffeeklatsch« in den Park am Weidendamm. Besonders freute mich, daß neben einem Journalisten der MOZ auch Vertreter des Arbeitslosenzentrums, des Behindertenverbandes und ein Kollege der Polizei vorbeischauten und wir über aktuelle Probleme reden konnten. Logisch war, daß mich insbesondere die Situation bei der Polizei interessierte, nachdem mich von der GdP Post erreichte mit der Ankündigung erneuter Demonstrationen gegen die Pläne der Landesregierung, die Lebensarbeitszeit der Kollegen zu verlängern. Gemeinsam unzufrieden waren wir auch über die nun ortsfernen und ortsunkundigen Entscheidungen, die durch die Zentralisierung der Führungsgremien der Polizei stattfinden. Ich glaube, hier wird man früher oder später zu Veränderungen kommen müssen, wenn man auf Sachverstand und Ortskenntnis nicht verzichten will.

Tage später, nachdem wir zunächst auch über die Dörfer gezogen waren, besuchten wir die Kommunale Wohnungsgesellschaft der Stadt Eberswalde und führten ein interessantes Gespräch mit dem neuen Geschäftsführer Thomas Köchig zur weiteren Arbeit der Gesellschaft. Dabei ging es um ausreichenden Wohnraum für die Studenten der Stadt ebenso wie um die Aufgabe, kinderreiche Familien mit geeignetem Wohnraum zu versorgen. Es ging um Quartiersmanagement ebenso wie um die Bereitstellung gehobenen Wohnraumes in der

Stadt. Und es gab eine Verabredung zu einem

Jahr, kritisiert. Unsere letzten Sprechstunden unter freiem

Bürgermeisters wurden, wie im vergangenen

Himmel in diesem Sommer führten uns am 27. Juli über den Eberswalder Marktplatz, Kaufland in der Angermünder Straße zum Potsdamer Platz. Auf dem Marktplatz besuchte uns ein leitender Mitarbeiter der Stadtverwaltung, was uns bei der Diskussion zum Problem eines Bürgers sehr hilfreich war. Das führte zu der Idee, künftig doch immer die Verwaltungen zu fragen, ob sie uns nicht begleiten wollen. Ich befürchte, daß bleibt ein Traum. Bei Kaufland schimpften zwei ältere Damen über die Gleichgültigkeit der Menschen und die schreiende Ungerechtigkeit in Deutschland. Sie fragten, warum die Menschen nicht auf die Straße

gehen und protestieren. Diese Frage konnten wir auch nicht beantworten.

Am Potsdamer Platz wartete eine Überraschung auf uns. Kinder aus der KITA Arche Noah kamen mit Bildern und CD (Foto) und bedankten sich bei uns für unsere Spende für ihre Ferienfahrt. Ich habe mich darüber sehr gefreut, denn es ist nicht die Regel, daß sich Menschen bei uns bedanken. Eher erleben wir ja, daß wir aufgefordert werden mehr zu tun, als wir zur Zeit machen. Meist ist diese Forderung verbunden mit dem Eingeständnis, daß man eigentlich gar nicht genau wisse, was die LINKE tut. Aber so nutzten wir die Gelegenheit und haben mit den Kindern Luftballons mit Friedenstauben aufgeblasen und uns erkundigt, ob sie sich schon auf die Schule freuen. Die Antworten fielen unterschiedlich aus.

Auch für dieses Jahr gilt: Es hat sich gelohnt zu den Menschen auf die Straße zu gehen. Nun gilt es die aufgenommenen Probleme rasch abzuarbeiten um erneut unter Beweis zu stellen, wir hören nicht nur zu, sondern wir helfen auch dort, wo wir es können.

MARGITTA MÄCHTIG

nächsten Gespräch zur Versorgung kinderreicher Familien mit entsprechendem Wohn-

In Finowfurt ging es um die Arbeit in der Gemeindevertretung, den Schulerweiterungsbau und die Entwicklung einzelner Objekte, wie zum Beispiel des alten Gutshauses und den Flugplatz. Die Dominanz des Bündnisses Schorfheide und das »Großfürstengetue« des

# »Wie die Wälder geplündert werden«

Eberswalde (agu). Im Spätherbst wird die Ökologische Plattform der LINKEN die aktuelle Studie »Am eigenen Ast sägen - Wie die Wälder Brandenburgs geplündert werden« als Broschüre veröffentlichen.

»Der Holzverbrauch aus unseren Wäldern für stoffliche und energetische Zwecke hat in einem Umfang zugenommen, der einer ressourcenschonenden, klimagerechten und ökologischen Bewirtschaftung widerspricht«, sagt der Autor der Studie, Dr. Detlef Bimboes. »Jene, die wenig Zeit haben, können sich anhand von Kapitel 7 (Was zu tun ist) einen kurzen zusammenfassenden Eindruck davon verschaffen, was aus meiner Sicht vordringlich getan werden muß, um den gewaltigen Holzverbrauch auf ein verträglicheres Maß herunter zu fahren.« Die Studie kann bereits jetzt auf der Internetseite www.detlef-bimboes.de unter der Rubrik Forst-/Holzwirtschaft abgerufen werden.



# Ausgedörrte Personalstruktur

Eberswalde (bbp). Die städtische Jugendeinrichtung im Jugendclub »Am Wald« entstand vor einigen Jahren aus der formalen Zusammenlegung des Jugendclubs mit dem Juki-Treff. Von den beiden Beschäftigten des Juki-Treffs ging einer in die Altersteilzeit, der andere wurde in andere Bereiche der Stadtverwaltung umgesetzt. Die zusätzlichen Aufgaben des Juki-Treffs mußten also mit dem vorhandenen Personal des Jugendclubs abgesichert werden, bestehend aus einer unbefristeten Stelle. Hinzu kommt der Jugendsozialarbeiter, der mit einer halben Stelle im Club am Wald geführt wird, aber vor allem in der warmen Jahreszeit vorrangig als »Streetworker« unterwegs ist und somit kaum für die alltägliche Arbeit im Club zur Verfügung steht. Daß überhaupt noch der Betrieb aufrecht erhalten werden konnte, ist den beiden Kommunalkombi-Stellen zu verdanken, die seit 2010 im Einsatz waren. Allerdings lief eine Stelle bereits im Juli 2012 aus, die zweite endet im November. Anstelle der Kommunalkombis ist seit Januar 2012 eine Person in »Bürgerarbeit« tätig. Eine niedrig bezahlte Stelle, die 2014 ausläuft. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sowohl Kommunalkombis als auch Bürgerarbeiter ausschließlich für zusätzliche Aufgaben vorgesehen sind und nicht ohne Anleitung durch einen geeigneten städtischen Beschäftigten in der Einrichtung arbeiten sollen.

Die Öffnungszeiten des Jugendclubs sind somit an die tariflichen Arbeitszeiten des einen dauerhaft zur Verfügung stehenden Stadtangestellten gebunden. Rechnerisch stehen 7 Stunden und 36 Minuten pro Tag zur Verfügung. Unter Berücksichtigung einer Vor- und Nachbereitungszeit hat die Jugendeinrichtung von Montag bis Freitag von 13 bis 20 Uhr geöffnet.

Eine Erweiterung der Regelöffnungszeiten auf Sonnabend war laut Aussage des zuständigen Dezernenten Lutz Landmann 2010/2011 versucht worden. Aufgrund langfristiger Erkrankungen zweier Mitarbeiter im Jahr 2011 konnte das nicht in der angestrebten Stetigkeit realisiert werden. Ende 2011 sprach die Stadtverwaltung mit dem Verein »Young Rebels« und Clubbesuchern, Laut Dezernent Landmann wurde ein Konsens erzielt. Eine Öffnung am Sonnabend sei zwar wünschenswert, aber ein entsprechender Bedarf zu dem Zeitpunkt nicht zu erkennen und mit dem vorhandenen Personal ohnehin nicht nachhaltig und verläßlich zu realisieren. Dies gelte auch für eine angefragte Vormittagsöffnung innerhalb der Ferien.

Im Rahmen von besonderen Veranstaltungen, auch im Verein mit anderen Trägern, werde der Club am Wald auch künftig ausnahmsweise außerhalb der Regelöffnung die Türen öffnen. Der Dezernent vergaß nicht darauf hinzuweisen, daß auch die offenen Regelangebote der anderen Träger im Viertel - wie z.B. das Familienzentrum, das Bonhoeffer-Haus oder die SHG Kontakt - ähnlich strukturiert sind und ebenfalls keine Sonnabendangebote bereitstellen. Es gebe aber ein durch mehrere Träger organisiertes recht umfangreiches Ferienangebot im Brandenburgischen Viertel.

Nach Einschätzung der Stadtverwaltung erwarten und benötigen die große Mehrzahl der Kinder und Jugendlichen keine »Rund-umdie-Uhr«-Betreuung. »Ein wichtiges Ziel jugendarbeiterischen Wirkens ist die Förderung des selbstbestimmten und selbstmotivierten Handelns von Kindern und Jugendlichen in ihrem Lebensumfeld«, sagt der Dezernent. »Dazu geben die Jugendsozialarbeiter Anregungen und Hilfestellung. Auch das familiäre Umfeld muß und kann einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Kinder und Jugendlichen leisten, die Eltern sollten und wollen sich ihrer Verantwortung nicht entziehen.«

Es sei absehbar, stellt Landmann fest, daß nach dem Wegfall der Kommunalkombi-Stellen die Aufgaben im Club am Wald, wie die Sicherung der Öffnungszeiten, die Durchführung von Projekten und Veranstaltungen, Gremienarbeit und sonstige Aufgaben, durch 1,5 unbefristete Personalstellen nicht bzw. nicht in vollem Umfang zu erfüllen sind.

# Vorwärts und nicht vergessen

Als, zögerlich zwar und reichlich spät, in der CDU darüber nachgedacht wurde - die Bundestagswahlen rücken näher -, die sturstarre Haltung zu den Mindestlöhnen zu überprüfen und sogar (Donnerwetter!) die Besteuerung extremer Vermögen nicht mehr als Totaltabu galt, fuhr der Arbeiterführer Siegmar Gabriel schwerstes rhetorisches Geschütz auf. Hier seien Diebe am Werk, die sich am geistigen Eigentum der Sozis vergriffen hätten. Schließlich gehörten diese Forderungen urheberrechtlich der SPD. Aber, so der pfiffige Siegmar weiter, der Mann auf der Straße habe ein gutes Gedächtnis und wisse wohl zu unterscheiden zwischen dem Original und der Kopie. Nun könnte es aber sein, denn man soll die Leute im Lande nicht für ZU dumm halten, daß sich

»unsere Menschen« weiter zurückerinnern, als dem ehemaligen Popmusikbeauftragten im SPD-Vorstand lieb sein dürfte. Erstmals erhob ein gewisser Gregor Gysi nämlich diese Forderungen, damals, als die Linke noch PDS war. Und über die Jahre hin war es immer wieder und NUR die Linke, die auf deren Durchsetzung beharrte. Für Müntefering war das »schierer Populismus«, Riester sprach von »Hirngespinsten«, und für Thilo vom Zirkus Sarrasani war es »Blödsinn«. Die Keckheit, mit der Erzengel Gabriel sich nunmehr in ein gemachtes Nest setzt, ähnelt der eines Kuckucksjungen, das seine Konkurrenten aus dem Gelege strampelt. Mit einem Unterschied: Instinkt steuert die Aktion des Vogels - nicht Berechnung.

Dr. STEFFEN PELTSCH

### Linke Visionen für 2050

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat einen Plan: PLAN B – Das rote Projekt für einen sozial-ökologischen Umbau. Auf www.plan-bmitmachen.de lädt sie ein, über Visionen für das Jahr 2050 zu diskutieren.

Wie wird sich der dringend notwendige sozial-ökologische Umbau der Gesellschaft auswirken? Was wird sich ändern – was bleiben?

Anhand von vier Leitprojekten - Landwirtschaft, Verkehr, Industrie und Energie - möchte die Fraktion das näher beleuchten. Wie kann eine solche Transformation demokratisch, sozial und partizipativ verlaufen?

Die Grundthese des PLAN B: Der ökologische Umbau kann nur dann gelingen, wenn er durchgehend als soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt angelegt ist. Das Papier verbindet utopischen Geist mit konkreten, machbaren Vorschlägen. Und es verschweigt die harten Konflikte nicht, die auf uns zukommen, wenn »Ökologie für alle« möglich werden soll. Deshalb malt PLAN B kein Bild grüner Harmonie. Wer nur von grünen Technologien redet und krasse Gegensätze bei Vermögen, Einkommen und bei den Arbeitszeiten nicht zum Thema macht, ist unfähig zum Neustart. Doch der ist nötig, wenn eine durch und durch ökologische Volkswirtschaft am Horizont als realistische Chance erscheinen soll. Die klassischen linken Forderungen - mehr Gerechtigkeit, mehr Gleichheit – gehören unabdingbar zum sozial-ökologischen Umbau dazu. Nicht nur als ethische Grundsätze, sondern auch als praktische Leitlinien. Denn »gleiches Recht für alle« (also gleiches Recht auf Naturnutzung, gleiche Pflicht zum Umweltschutz) ist die beste und die wirksamste Umbau-Maxime.

Zahlreiche offene & strittige Fragen sollen in den kommenden Monaten auf www.plan-bmitmachen.de diskutiert werden. Jede und jeder ist eingeladen, dort die Vorschläge zum sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft zu kommentieren und zu kritisieren - oder neue Ideen einzubringen. Eine »Frage der Woche« greift zudem besonders kontroverse Themen auf. Neben der Debatte im Internet werden bundesweit Veranstaltungen stattfinden. Am 26. und 27. Oktober ist eine Konferenz in Berlin geplant.

BERND BROUNS und CHRISTIAN REHMER

### Bildhafte Bildung

Bernau (bm). Zur Eröffnung der neuen Ausstellung lädt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) am Montag, dem 13. August 2012 um 14.30 Uhr in ihr Wahlkreisbüro, Berliner Straße 17 ein. Die seit 2007 agierende Foto-AG der Tobias-Seiler-Oberschule unter der Leitung von Brigitte Albrecht hat schon einige Ausstellungen gestaltet, die immer ein positives Echo fanden. Die Schülerinnen und Schüler präsentieren ihre fotografischen Ideen zum Thema Bildung. Der Eintritt ist frei. Rückfragen: 03338/459543.



### Nazis auf dem Hussitenfest

Bernau (bbp). Wegen des Hussitenfestes mit seinem Mittelalterspektakel besuchen alliährlich am zweiten Iuniwochenende zahlreiche Menschen die zweitgrößte Stadt im Landkreis Barnim. Im 15. Jahrhundert konnte die revolutionäre Bewegung der Hussiten in Böhmen viele Jahre lang erfolgreich die gegen sie ausgesandten Ritterheere abwehren. Bei einem der hussitischen Gegenangriffe kam im April 1432 ein kleiner Trupp bis vor die verschlossenen Tore der Stadt Bernau. An eine Belagerung dachten die Hussiten nicht, sie waren auf dem Rückweg in die Heimat. Sie verheerten ein paar Häuser vor der Stadtmauer und zogen weiter. Dieser »Sieg« über die Hussiten wird nun in jedem Jahr ausgiebig gefeiert.

Seit Jahren feiern auch Nazis aus der Region ausgiebig mit. Bedrohliche Blicke und beleidigende Sprüche gegenüber internationalen Gästen, Beteiligten mit Migrationshintergrund und allen, die nicht ins beschränkte Weltbild der Nazis passen, waren an der Tagesordnung.

In diesem Jahr blieb es nicht bei Drohungen und Beleidigungen. Mehrfach griffen etwa 15 Nazis den Stand des Bernauer Jugendtreffs DOSTO an. Das DOSTO teilte mit, daß dabei ein Jugendlicher geschlagen, eine weitere Jugendliche bespuckt und mehrere Personen bedroht und beschimpft wurden. Außerdem wurde die Fahne des Jugendtreffs vom Stand heruntergerissen. »Wir wurden ganz gezielt provoziert, beschimpft und bedroht. Wir kennen einige der Angreifer, weil sie regelmäßig auf Naziaufmärschen auflaufen: Es sind Nazis aus Bernau und der Umgebung, die das Fest nicht nur zum Saufen nutzten, sondern auch um uns bewußt einzuschüchtern und uns vom Fest zu verdrängen!« Die Jugendlichen vom DOSTO versichern, »wir lassen uns nicht einschüchtern«.

### Singsang in Eberswalde

Am 21. Juni, einem Donnerstag, stand ich vormittags auf dem Hof des EXIL. Menschen stehen ja häufig draußen rauchend herum. Als Nichtraucher gesellt man sich mitunter dazu.

Nebenan der Familiengarten Eberswalde. Eine Kindergruppe kommt mit ihren Erzieherinnen vorbei, etwa 20 Kinder, augenscheinlich Ferienbetreuung/Hort. Eine Erzieherin stimmt ein Lied an: 10 nackte N...... / ohne Hosenträger / ..... Die Kinder singen mit.

KAL JAHNS

#### Im Namen des Volkes

wurde vor einiger Zeit ein Mann von einem sächsischen Gericht zu einer längeren Haftstrafe verurteilt, die er sofort anzutreten hatte. Dem Raufbold wurde vorgeworfen, während eines Dorffestes seinem Nebenbuhler ein paar Zähne ausgeschlagen zu haben. Da dem Angeklagten keine Verbindung zur Naziszene nachzuweisen war, sah das Gericht von einer Bewährungsstrafe ab.

Dr. STEFFEN PELTSCH

# Die Lüge vom Holzvertrag

Landrat Bodo Ihrke hat in seinem Bericht auf dem Sonderkreistag am 11. Juli viele Worte darauf verwendet, das Land Brandenburg für das Scheitern des HOKAWE-Kaufs verantwortlich zu machen. Auch nach meinen Kenntnissen hat die Landesregierung einen Positionswechsel vollzogen und die anfangs gegebene Zustimmung zur Übertragung des Holzvertrages auf den Käufer des HOKAWE zurückgezogen. Aber warum der Landkreis deshalb vom Kauf zurücktreten mußte, ist damit nicht erklärt.

Der Holzvertrag betraf nur 40 Prozent des Holzbedarfes des HOKAWE und Herr Ihrke hat immer wieder versichert, daß der Vertrag zur Lieferung von Holz aus dem Landeswald keine Preissubvention darstelle, sondern Marktpreise beinhaltete. Auch wäre genug Holz auf dem Markt und man könne Holz zu Marktpreisen aus Kanada kaufen. Nun aber sieht Ihrke *»eine wesentliche Stütze der Wirt-schaftlichkeitsbetrachtungen«* entfallen, wenn der Holzvertrag nicht übergeleitet wird.

Da bleibt nur die Schlußfolgerung: Landrat Ihrke hat gelogen. Entweder war seine Beteuerung falsch, daß der Holzvertrag keine Preissubvention war, oder die Begründung für den Kaufvertragsrücktritt wegen gefährdeter Wirtschaftlichkeit entspricht nicht der Wahrheit. Diese Lüge hat den Bürgern des Landkreises schon jetzt schon 264.000 Euro Verlust eingebracht, und das ist gewiß nicht das Ende. Denn die zum Zwecke des HOKAWE-Kaufs installierte Barnimer Energiegesellschaft mbH existiert erstmal ohne Gesellschaftszweck weiter, verursacht Kosten und hat keinerlei Einnahmen. Statt die überflüssige Gesellschaft zu liquidieren, soll im Septemberkreistag dann ein neuer Zweck gefunden werden. Sonder:BAR.

ALBRECHT TRILLER

# Wegen Krankmeldung entlassen

Die Dussmann Service Deutschland GmbH Niederlassung Frankfurt/Oder agiert in den Geschäftsfeldern Wachdienst und Sicherheit sowie Reinigung und Catering. Territorial zeigt sich die Niederlassung für den Bereich von Schwedt über Frankfurt/Oder bis nach Cottbus zuständig. In der Barnimer Kreisstadt ist das Unternehmen im Bereich des Wach- und Sicherheitsgewerbes im Landesbehördenzentrum an der Tramper Chaussee, im Dienstleistungs- und Verwaltungszentrum des Landkreises Barnim am Marktplatz, im Martin-Gropius-Krankenhaus in der Oderberger Straße und in der Zweigstelle der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Oder in der Bergerstraße tätig.

Der Niederlassung Frankfurt/Oder – mit einem Objektleiter, der in der Branche und in Insiderkreisen als »harter Hund« gilt – scheinen die Rechte der Beschäftigten nur »soziales Gedöns« zu sein. Im Bereich der Niederlassung ist betriebliche Mitbestimmung ein Fremdwort. Einen Betriebsrat gibt es nicht.

Die fürsorgliche Wertschätzung des Unternehmens, insbesondere durch den erwähnten Objektleiter, erfuhr kürzlich eine langjährige Mitarbeiterin des Unternehmens, die seit etwa fünf Jahren am Standort der Kreisverwaltung Barnim tätig ist. Pflichtgemäß meldete sie sich vorab telefonisch bei ihrem Vorgesetzten, daß sie aufgrund einer Erkrankung ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen müsse und wahrscheinlich mit einer Krankschreibung zur rechnen sei. Mit ihrer Meldung wollte die Mitarbeiterin dem Objektleiter ermöglichen, rechtzeitig eine Krankheitsvertretung im Dienstplan zu organisieren.

Besagter Objektleiter findet es prinzipiell nicht schick, wenn seine \*Lohnsklaven\* die Frechheit besitzen und sich vorübergehend in eine Krankheit abmelden. So auch in diesem Fall. Nach einem überaus emotionalen Telefonat wurde die Reißleine gezogen. Die sechzigjährige Mitarbeiterin erhielt umgehend ihre fristgemäße Kündigung.

Ihr wurde der *»freundliche«* Hinweis gegeben, daß sie sich erneut beim Unternehmen bewerben könne, wenn sie wieder genesen sei.

Unheimlich »sozial«. Ein Fall für das Arbeitsgericht

Der Branchenmindestlohn für das Wachund Sicherheitsgewerbe von 7 Euro die Stunde scheint zumindest im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe gezahlt zu werden. Allerdings wird das mit Kürzungen und Tricksereien im Arbeitsalltag wieder kompensiert. Hinzu kommt, daß es an einigen Standorten ein mehr als vergiftetes Betriebsklima herrscht, das seitens des Unternehmens direkt und indirekt geschürt wird. So z.B am Landesbehördenzentrum, wo Kolleginnen und Kollegen gegeneinander ausgespielt und gemobbt werden. Folge ist eine hohe Fluktuationsrate, die allerdings in dieser Branche gang und gäbe ist.

Die Landes- und Kreispolitik, insbesondere die beiden als Interessenvertreter der Werktätigen geltenden Parteien SPD und DIE LINKE sind aufgefordert, diesem Unternehmen umgehend auf die Finger zu schauen und sein Agieren im öffentlichen Bereich in Eberswalde zu hinterfragen. Eine Vertragsanpassung hinsichtlich des Brandenburger Mindestlohn von 8 Euro pro Stunde, der seit 1. Januar 2012 in der öffentlichen Auftragsvergabe gilt, wäre ein konstruktiver Beitrag in der ERNEUER.BAR Strategie des Landkreises Barnim und sicher bei den Betroffenen und ihren Familien mit großer Freude willkommen.

CARSTEN ZINN, ehrenamtlicher ver.di Gewerkschafter im Bezirk Uckermark-Barnim



# »Der große Sprung«

Saubere Gewässer – überall. Wer will das nicht? Leider sind unsere Gewässer in der Mehrzahl nicht mehr so sauber, wie sie sein sollten. Das ist das Ergebnis eines verantwortungslosen Umgangs mit der Natur in den vergangenen Jahrhunderten. Das hat sich kaum gebessert. Der Einfluß des Menschen ist nach wie vor verhängnisvoll.

Gewässer haben die beachtliche Fähigkeit, sich selbst von Verunreinigungen zu befreien. Diese Selbstreinigungskraft ist jedoch nicht unendlich und wird oft überschätzt. Es gibt Umweltgifte gegen die auch eine intakte Natur ziemlich machtlos ist. Deshalb ist es richtig, denen, die sich das Recht nehmen, nach wie vor unsere Gewässer zu verunreinigen, in den Arm zu fallen und ihnen ihr Handwerk zu legen.

Bei illegalen Sündern sollte das kein Problem sein, aber es ist offenbar nicht so leicht, denn man muß diese Leute ja fassen und überführen und bestrafen. Hier »klemmt die Säge«, wie man gern im Volksmund sagt. Zuweilen muß man den Eindruck gewinnen, daß eine lückenlose Aufklärung und Abstellung der Mängel von den Behörden gar nicht ernsthaft betrieben wird.

Es gibt aber auch noch die legalen Gewässerverschmutzer. Dazu gehören Industriebetriebe und Großklärwerke, denen man lediglich aufgibt, bestimmte Grenzwerte einzuhalten. Hier regiert das Prinzip Hoffnung. Die Natur wird mit den restlichen Schadstoffen schon fertig werden! Gereinigt wird so gut wie nötig, nicht so gut wie möglich, das ist nämlich ziemlich teuer. Trotzdem muß hier angesetzt werden.

Gleichzeitig ist es natürlich richtig, etwas zu tun, um die Folgen der Sünden der Vergangenheit abzumildern und möglichst zu beseitigen. Das wird nur schrittweise gehen, nicht nur weil es viel Geld kostet, sondern weil es auch große Gefahren und Risiken birgt.

Als eine Kriegsfolge gleicht der Grund unserer Flüsse, Seen und auch der Meere einem riesigen Schrottplatz, Munitions- und Giftlager. Der Grund der Ostsee ist über tausende Qua-

dratkilometer tot. Oft weiß man keinen anderen Rat, als diese tickenden Zeitbomben auf dem Grund einzubetonieren. Die Forderung, das alles zu heben und gänzlich unschädlich zu machen, ist wirklichkeitsfremd.

Das sollten auch die sogenannten »*Grünen«* wissen, die bei uns davon reden, den Finowkanal auszubaggern. So etwas kommt nur bei unbedarften, ahnungslosen Bürgern an.

Es ist erfreulich, daß der »große Sprung« in den Finowkanal, der ja nun leider wirklich kein Badegewässer mehr ist, für die Springer ohne nachteilige gesundheitliche Folgen geblieben ist. Ich frage mich besorgt, wer hier Verantwortung und Kosten übernehmen würde, sollte es anders sein. So wünschenswert es wäre, in allen unseren Gewässern unbeschwert baden zu können – auch im Finowkanal – wir sollten vorerst darauf verzichten. Wir sind in der glücklichen Lage, noch genug Badegewässer in guter Qualität zu haben. Wir brauchen dazu den Finowkanal nicht.

Einmal im Jahr da hineinzuspringen (warum nennen wir das eigentlich auf englisch »big jump«?) und das dann als eine Aktivität für saubere Gewässer zu »verkaufen«, ohne eigene realisierbare Ideen und Vorschläge, das ist billiges Wahlgeklingel – außerhalb des Wahlkampfes. Oder will man gar damit von eigenen »grünen Fehlleistungen« im Kreistag – ich denke da an die Haltung zum HOKAWE – ablenken? Der Versuch ist mißglückt! Derlei Aktionismus ist für Menschen, denen die Reinhaltung unserer Gewässer und die Bewahrung der Natur ein echtes Bedürfnis ist, durchaus entbehrlich und einfach nur peinlich.

JOHANNES MADEJA

### Frakima: Freilichttheater in Bernau

Minna und die traurige Geschichte vom großen Friedrich

»Es ist ein unwürdiger Mann, der sich nicht schämt, sein ganzes Glück einem Frauenzimmer zu verdanken«, sagt Major von Tellheim zu seiner Ex-Verlobten »Minna von Barnhelm«. Im gleichnamigen Stück von Lessing geht es um falsche Ehrvorstellungen und die Folgen des siebenjährigen Krieges. Die Frakima-Werkstatt führt das Schauspiel im Kulturhof der Stadt Bernau in der Breitscheidstraße 43a auf. Vorweg wird dem Publikum das von der jugendlichen

Theatergruppe inszenierte Stück »Die traurige Geschichte von Friedrich dem Großen« geboten. Premiere der beiden Stücke war vor ausverkauftem Haus im Juni diesen Jahres. Im August hat das Frakima-Ensemble vier weitere Auf-



führungen geplant. Eintritt: 5 €/4 €. Kartenreservierung: 03338-5465. Aufführungen gibt es am 10., 11., und 17. August, jeweils 19.30 Uhr, sowie am 12. August um 16 Uhr.

CHRISTIAN REHMER

### Dritter Flußbadetag

Bereits zum dritten Mal in Folge luden Bündnis 90/Die Grünen und das Planungsbüro Flußkontakt am 10. Juli zu einem Flußbadetag am Finowkanal in Eberswalde ein. Europaweit erfolgte an diesem Tag um 15 Uhr ein gemeinsamer symbolischer Sprung – »Big Jump« – in Europas Flüsse und Seen. In Eberswalde wurde wieder im Ortsteil Finow, im Sportboothafen am Messingwerkpark und dem angrenzenden Kanalabschnitt gebadet.

Ziel der Aktion ist es, der Forderung nach einem durchgängig sauberen Finowkanal Ausdruck zu verleihen und die Verbundenheit der Eberswalder mit *\*ihrem\** Fluß zu fördern. Besitzt doch der Kanal als älteste noch erhaltene künstliche Wasserstraße in Deutschland mit seinen grünen Ufern und historischen Bauten ein großes, bisher zu wenig genutztes Potential für die Stadtentwicklung und den Tourismus.

Die Wasserqualität des Kanals hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Davon zeugen die guten Werte der Wasseruntersuchungen, der Fischbesatz, das Vorkommen zahlreicher, auch seltener und sensibler Libellenarten und die große Sichttiefe im Gewässer, insbesondere vor und hinter dem unmittelbaren Stadtgebiet. Auch dort hat es im letzten Jahr weitere Fortschritte in Richtung Sauberkeit gegeben. Ehemalige Regenwassereinleiter von Kaufland und Märka wurden zurückgebaut und andere ertüchtigt. Dennoch gibt es noch eine Menge zu tun, um Schadstoffeinleitungen, z.B. aus veralteten Straßenentwässerungen, weiter zu reduzieren.

Langfristiges Ziel der Veranstalter ist es, Baden und Angeln im gesamten Verlauf des Finowkanals wieder gefahrlos zu ermöglichen. Leider ist dies aufgrund der Schwermetallbelastung des Kanalbodens innerhalb des Stadtgebietes derzeit noch Zukunftsmusik. In Folge der hohen Sanierungskosten ist noch nicht absehbar, wann dieses Ziel erreicht werden kann. Daher setzen wir uns zunächst dafür ein, im Bereich der zukünftigen Stadtpromenade den kontaminierten Schlamm auszubaggern und hier eine Badestelle einzurichten. Dafür sollen am Flußbadetag Unterschriften gesammelt werden.

Im Badebereich am Messingwerkpark wurde das giftige Sediment bereits entfernt und das Wasser wurde vor dem Flußbadetag auf seine Badegewässerqualität untersucht.

BIG JUMP ist ein europaweiter Flußbadetag, an dem die Menschen ihre Umwelt zurück erobern und den Wunsch demonstrieren, wieder saubere und lebendige Flüsse vorzufinden. Der erste große Flußbadetag fand im Jahr 2005 statt, der zweite 2010 und der ganz große BIG JUMP ist für 2015 geplant. Er könnte zum großen Fest der Flüsse werden, da bis 2015 die europäischen Oberflächen- und Grundwasser gemäß der europäischen Wasserrahmenrichtlinie in einen ökologisch guten Zustand versetzt sein müssen.



Tür die verschiedenen Zwecke und die ver-Für die verschiedenen Zuscheidenen Nutzer gibt es Fahrräder in ganz unterschiedlicher Ausführung. Touren- und Sporträder, Renn- und Hollandräder, Kinderräder und Klappräder. Es gibt auch Dreiräder und Liegeräder. Wer es vornehmer mag, der kauft sich ein Bike: Da gibt es City-, Trekkingund Mountainbikes, schwerere mit Stahlrahmen und leichtere mit Aluminiumrahmen und - wieder etwas schwerere - welche mit einem Elektro-Hilfsmotor und Batterie. Die heißen dann E-bike oder Pedelec. Mit denen kann man dann ohne Mühe etwas schneller fahren, jedenfalls bis die Batterie leer ist. Auf manchen steht »outdoor« drauf, wohl um den Besitzer daran zu erinnern, daß er damit nicht im Wohnzimmer fahren sollte.

Man kann auf dem Fahrrad telefonieren und SMS schreiben und Musik hören. Man kann in die vorgeschriebene Richtung fahren oder entgegengesetzt. Manche benutzen Gehwege, Kinder dürfen das sogar. Es gibt welche, die fahren auch bei roter Ampel, die meisten warten auf grün. Nicht alles, was Fahrradfahrer tun, ist richtig oder rechtens. Das haben sie mit Autofahrern und Schiffsführern gemeinsam. Es gibt auch den Alkoholsünder am Fahrradlenker.

Rad fahren ist gesund, jedenfalls kann man das sehr oft lesen. Wenn ein passionierter Autofahrer plötzlich mit einem Fahrrad kommt, dann muß er nicht unbedingt pleite sein – was angesichts der Benzinpreise freilich kein Wunder wäre. Vielleicht hat seine Frau ihm nur gesagt: »Tu was für deine Gesundheit und gegen deinen Bauch!« Trotzdem gibt es Leute, die für den kurzen Weg zum Bäcker oder zum Supermarkt das Auto brauchen. Wir sollten die nicht schelten, denn sowohl beim Bäcker als auch am Supermarkt gibt es viele Parkplätze, aber nur wenig Fahrradständer.

utokunden sind allgemein beliebter als Adiejenigen, die mit dem Fahrrad kommen. Sie schieben übervolle Einkaufswagen über den Parkplatz und kommen erst in der nächsten Woche wieder. Fahrradfahrer sind bescheidener und kommen öfter, meist mit schmutzigen Schuhen. Doch auch Fahrradfahrer werden beliebter. Besonders bei Fahrradhändlern. Sie sind aber auch gut für den Tourismus, für das Gaststätten- und Hotelgewerbe, natürlich nur, wenn sie den Proviant nicht in ihren Packtaschen mitbringen und über Nacht bleiben. Radfahrer als Wirtschaftsfaktor, daran haben vor Jahren nur wenige geglaubt.

Nun haben die Verwaltungen, wir sagen dazu oft »der Staat«, den Fahrradfahrer entdeckt und festgestellt, daß ja auch bei dem etwas »zu holen ist«. Schlimm genug, daß der für sein Fahrzeug keine Steuern bezahlen, keine besonderen Versicherungen abschließen muß und nicht einmal Benzin braucht. Wo bleibt dann »der Staat«, wenn 29 Millionen Deutsche auf die Idee kommen, nur noch mit dem Fahrrad zu fahren und das sogar noch selbst zu reparieren? Also hat man sich überlegt, wie man 10 die Fahrradfahrer an der Verbesserung der Einnahmesituation des Staates beteiligen kann

# Fahrrad fahren

Nach oben katzbuckeln, nach unten treten: Diese Definition für »Radfahrer« ist wenig schmeichelhaft, jedoch oft Garant für Aufstieg und berufliche Karriere. Doch von denen soll hier nicht die Rede sein. Es gibt sie in Land und Stadt, auf Straßen und Radwegen, es gibt junge und alte, schnelle und langsame, sichere und ängstliche, freundliche und rücksichtslose, welche mit Kopfhörern und Telefonen, andere mit Einkaufstaschen am Lenkrad. Es gibt welche, die kommen mit einer Hand am Lenker aus, manche fahren freihändig. Viele fahren einfach nur so zum Spaß, manche zur Arbeit oder zum Einkauf, sonntags durch den Wald zu Tante Ilse oder sogar in den Urlaub.

und es gibt nun hoffnungsvolle Ansätze. Natürlich geht es – so wird uns unglaubwürdig versichert – gerade nicht um Mehreinnahmen sondern, wie bei Blitzern auch, nur um Erziehungsmaßnahmen! Die Märkische Oderzeitung hat am 16.04.12 einige der bahnbrechenden Ideen bekanntgegeben unter der Überschrift: »Rücksichtslose Radfahrer im Visier«.

Erst einmal – da fällt die Begründung nicht schwer - müssen natürlich die Bußgelder für Ordnungswidrigkeiten auf Autofahrerniveau angehoben werden. Gerechtigkeit durch Gleichheit! Was aber tun, wenn einem Polizisten, der ja nur ein Auto hat und schlecht zu Fuß ist, so ein Fahrradfahrer entwischt? Es soll ja immer mehr rücksichtslose Fahrradfahrer geben! Also muß die Kennzeichnungspflicht für Fahrräder her! Mit den Gebühren für Anmeldung und Genehmigung könnte man, welch ein Segen, gleich noch ein paar Verwaltungsstellen schaffen und die Arbeitslosenquote senken. Und welchen Grund gibt es eigentlich - natürlich nur wegen der Gerechtigkeit - keine Fahrradsteuer und keinen Fahrradführerschein einzuführen? Das brächte richtig Geld! So ein dreistelliger Millionenbetrag wäre doch nicht zu verachten, oder? Weiter könnte man darüber nachdenken, ob es nicht mehr als gerecht wäre, für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) einen Erschließungsbeitrag und eine monatliche Grundgebühr einzuführen. Natürlich kommt es nicht darauf an, ob man damit überhaupt fahren will! Das Rezept heißt »Anschluβ- und Benutzungszwang«. Es reicht, wenn in der Nähe der Wohnung eine Bushaltestelle ist. Dann hat man die »Möglichkeit der Inanspruchnahme« – und die allein kostet natürlich!

Wenn man bezahlt hat, dann darf man natürlich weiter mit dem Fahrrad fahren. Man muß den Bus nicht benutzen. Man muß ja auch den Wasserhahn nicht aufdrehen und nichts in die Mülltonne werfen, Hauptsache man bezahlt! Alle müssen sich solidarisch an den fixen Kosten - hier für den Bus - beteiligen, wenn der sich »rechnen« soll.

och zurück zu den Fahrradfahrern. Die müssen, in eigenem Interesse versteht sich, künftig viel besser kontrolliert werden!

Zu den beliebten Kontrollen der Lichtanlage - besonders wichtig bei der Oma, die nur am Tage zum Einkauf fährt - bieten sich Kontrollen der Bremsen und der Reifen an. Glücklicherweise muß man das Alter der Reifen nicht kontrollieren, denn die sind längstens nach drei Jahren sowieso brüchig und nicht mehr verwendbar. Aber über einen, vorzugsweise jährlich erforderlichen, Fahrrad-TÜV, gegen kleine Gebühr versteht sich, darf man schon nachdenken! Die Option »Anpassung der Gebühr« sollte man jedoch später nicht aus den Augen verlieren!

Die gut überlegten »kleinen« Einschränkungen und Erziehungsmaßnahmen und Gebühren für Fahrradfahrer, alles im Namen der Sicherheit und der Gerechtigkeit, sollen natürlich den Fahrradspaß nicht trüben. Schließlich haben die Schulung von Aufmerksamkeit und Reaktionsvermögen durch löcherige und holprige Fahrradwege, vorzugsweise mit steilen Aufstiegen und Abfahrten, auch ihren Wert. Daß Radwege im Winter spät oder gar nicht geräumt werden, empfinden die Fahrradfahrer eher als sportliche Herausforderung. Schließlich ist der Spaßfaktor nicht zu vernachlässigen, wenn Radwege - Tendenz zunehmend fremdgenutzt werden, z.B. als Fußweg (weil da schön viel Platz ist) oder als Lager für Baumaterial, Standplatz für Verkehrsschilder, als Parkfläche (besonders gern von der Polizei) oder Stellplatz von Mülltonnen und Sperrmüll. Absteigen und wieder aufsteigen und auch mal ein Stück schieben – das kann so zum Hobby werden. Oberstes Gebot ist und bleibt natürlich, daß die zunehmend rücksichtslosen Radfahrer nicht den stets umsichtigen und aufmerksamen Autofahrern und Fußgängern in die Quere kommen. Deshalb müssen wir Radwege bauen, am besten abseits der Hauptstraßen. Radfahrer freuen sich sehr darüber und sind dankbar für jeden Kilometer Umweg.

Wem nun das Fahrrad fahren immer noch nicht verleidet ist, dem ist kaum noch zu helfen. Er kann sich damit trösten, daß er sich nullemissionsartig fortbewegt, wobei wir einmal das Atmen und das ungezwungene Freisetzen von Verdauungsgasen vernachlässigen. So einer verdient Prädikate wie umweltfreundlich und nachhaltig und er verdient Lob für alle Anstrengungen.

Natürlich gibt es kein Lob! Aber wir Fahrradfahrer können darauf selbstbewußt verzichten. Schließlich dürfen wir stolz sein auf unsere durchtrainierten Beine und unser kräftiges Sitzfleisch. Damit distanzieren wir uns von den fettleibigen, kurzatmigen und bandscheibengeplagten Lenkradumklammerern, die ständig von Durchblutungsstörungen und Führerscheinentzug bedroht sind. Dafür nehmen wir es in Kauf, daß wir immer als etwas verschwitzt und ein bißchen schmuddelig gelten.

Hoch lebe das Fahrrad fahren.

JOHANNES MADEJA



**»Baufeldräumung«:** Eine zwei Fußballfelder große Fläche auf dem Gelände des Eberswalder THIMM-Verpackungswerkes wurde zur Hauptbrutzeit der Singvögel im Mai 2012 entwaldet. Zahlreiche Gelege, wie die der Nachtigall, sind damit zerstört worden. Eine vom Zeitmanagement des Unternehmens völlig überflüssige Tat.

Im Stadtgebiet von Eberswalde wurden in den letzten Jahren sehr viele Grünflächen samt Vegetation zerstört – teilweise sogar illegal gegen bestehende Naturschutzgesetze.

Als Beispiele genannt werden können die Rodungen auf dem Flugplatz Finow, Baufeldräumungen nahe des Rofin-Parkes und für den Bau der Finowkanalpromenade, durch die WHG Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH Eberswalde im Leibniz-Viertel, im Schwärze-Mündungsbereich, am Eberswalder Kirchhang und nicht zuletzt auf dem Betriebsgelände des THIMM-Verpackungswerkes (s. Foto). Demnächst soll die Grünfläche an der Friedrich-Ebert-Straße in der Eberswalder Innenstadt für Wohnungen und Geschäfte geopfert werden, was in der Bevölkerung höchst umstritten ist.

Die Abwassereinleitungen in den Finowkanal sind ein weiteres Thema ungelöster Umweltprobleme hinsichtlich permanenter Schadstoffbelastungen.

Von der Unteren Naturschutzbehörde, die strukturell dem Bauordnungsamt untergeordnet ist, erwarte ich schon lange nichts mehr. Sie bezeichnet sich selbst als Genehmigungsbehörde im Sinne wirtschaftlicher Interessen und möchte offensichtlich nicht in den Ruf einer »Verhinderungs«-Behörde gelangen.

Und Bürgerproteste gegen die fortwährenden Natur- und Umweltzerstörungen gibt es kaum. Nur eine Handvoll Umweltaktivisten, leider immer wieder die gleichen, melden sich in einer relativen Kontinuität mahnend zu Wort. Darunter zu nennen sind der Imker, Kleingärtner und Baumschützer Dr. Günter Riedel, mein Vereins-Kollege von den Natur-Freunden Oberbarnim-Oderland Bernd Müller, der Barnimer Bürgerpost–Redakteur Gerd Markmann, der Landschaftsarchitekt Andreas Timm sowie Reimer Loose und Bernd Pomraenke. Hinzu kommen die Kreistagsabgeordneten Albrecht Triller, Johannes Madeja und Jochen Bona. Sicher habe ich noch einige verges-

sen, dafür bitte ich um Entschuldigung. Doch allzuviele werden es nicht sein – leider...

Die eigentlichen Umweltlobbyisten (oder solche, die es für sich gern in Anspruch nehmen) glänzen mit Untätigkeit und Schweigen in der Öffentlichkeit. Sehr enttäuschend ist das Nichtengagement der »Platzhirsche« unter den Naturschutzverbänden, Naturschutzbund (NABU) und Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND). Ebenso die Haltung der Eberswalder Grünen, die de facto keine richtigen regionalen Naturschutzthemen mehr auf der Tagesordnung haben, derzeit keine wirkliche ernstzunehmende wachsame, kritische und oppositionelle Öko-Politik gestalten, stattdessen aber in Teilen dem Barnimer Landrat Bodo Ihrke mit ihrer Zustimmung zum waldfressenden Holzkraftwerk Eberswalde huldigen und somit in Bevölkerung (und Wählerschaft) zusehends an Glaubwürdigkeit verlieren.

Vor diesem Hintergrund meine Fragen, die zu Diskussionen anregen sollen:

Ist die Umweltlobby in Eberswalde überhaupt noch existent?

Werden die wenigen Menschen, die wirklich daran interessiert sind, daß sich in der Region im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes etwas zum Besseren wendet, in absehbarer Zeit die Kraft und den Willen haben bzw. werden sie in der Lage sein, sich zusammen zu schließen, um diesbezüglich etwas zum Guten zu bewegen?

Oder liegt vielmehr das Interesse an wahrhaftigem Umwelt- und Naturschutz in der Region völlig am Boden?

Bezeichnend ist es jedenfalls, wenn unter den Bürgern offensichtlich mehr Resonanz für die handgearbeitete Fertigung von Strickmützen für indische Straßenkinder – welches mir von der Sache nicht obliegt zu bewerten – als für das Eintreten ökologischer und sozialer Ideen und Projekte zur nachhaltigen Entwicklung unserer Region zu erkennen ist.

Dr. ANDREAS STEINER

Kiesabbau Lanke auf 6,5 ha:

### Grüne fordern UVP

Lanke (b90). Der Regionalverband Mittelbarnim von Bündnis 90/Die Grünen unterstützt die Forderung zahlreicher Lanker Bürgerinnen und Bürger sowie der Gemeindeverwaltung Wandlitz nach Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für die Erweiterung des Kiesabbaus in Lanke. Der Sprecher des Regionalverbandes, Stefan Böhmer, erklärt dazu: »Auch wenn der Sand- und Kiesabbau in Lanke seit vielen Jahren relativ problemlos läuft, sollten die Auswirkungen der Tagebauausdehnung auf die einzelnen Schutzgüter, insbesondere auf Mensch, Pflanzen und Tiere sowie Landschaft und Wasser, gründlich untersucht werden. Bei Lanke und dem Obersee handelt es sich schließlich um ein wichtiges Naherholungs- und Tourismusgebiet und der Tagebau soll bis auf 200 bzw. 300 m an See und Siedlungsgebiet heranrücken. Die betroffene Fläche befindet sich innerhalb eines Landschaftsschutzgebietes im Naturpark Barnim. Zu befürchten ist, daß sich die Lärmbelastung der Ortschaft durch die nahe Autobahn A11 infolge des Wegfalls puffernder Waldflächen vergrößert.«

Das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe prüft derzeit im Rahmen einer Vorprüfung, ob im Genehmigungsverfahren für die Erweiterung des Kiesabbaufläche um 6,5 Hektar eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muß.

#### Landrat im Elektroauto

Eberswalde (bbp). Landrat Bodo Ihrke hat einen neuen Dienstwagen. Er ist stolz darauf. denn das Auto sieht nicht nur schick aus, sondern es sind »auch die inneren Werte, die überzeugen«, welche, wie des Landrats Pressesprecher wissen läßt, »ausgesprochen gut zur Null-Emissions-Strategie des Landkreises passen«. Der Landrat setzt auf 111 kW Elektrokraft. So stark ist der Elektromotor, der den Opel Ampera bis auf 161 km/h antreibt. Allerdings reicht das Lithium-Ionen-Akku nur für 40 bis 80 Kilometer. Um weiter zu fahren gibt es den benzingetriebenen Generator. Mit einer Tankfüllung von 35 Litern schafft man weitere 420 Kilometer. Ein Verbrauch von etwa 8,3 Litern Benzin pro 100 Kilometern. 42.900 Euro kostet das gute Stück in Grundausstattung.

»Wir haben das Auto angeschafft, um zu zeigen, daß diese Technologie zukunftsweisend ist«, freut sich Landrat Bodo Ihrke über das neue Dienstfahrzeug. Die Zahl der Elektrofahrzeuge in der Barnimer Kreisverwaltung erhöht sich mit dem Landrats-Opel auf vier. Diese konnten am Tag der offenen Tür der Kreisverwaltung, am 30. Juni, besichtigt werden. Sogar Probefahrten mit dem neuen Landratsflitzer waren möglich.

# Barnimer Bürgerpost a bonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de



Allerdings benutzen heute nur noch die böswilligsten Antikommunisten die Eigenbezeichnung der deutschen Faschisten, »Nationalsozialismus«, offen zur Diffamierung des Sozialismus. Schließlich bietet der »reale Sozialismus« Angriffspunkte zur Genüge, nicht nur in seiner Stalin'schen Gestalt. Was durchaus mit gewisser Berechtigung als »Sozialismusversuch« /3/ bezeichnet werden kann, war letztlich in der realen Ausführung nichts anderes als ein »mit sozialistischen Parolen verbrämter feudalabsolutistischer Staatskapitalismus Bismarckscher Prägung, der Ende der 80er Jahre an die Grenzen seiner Entwicklungsmöglichkeiten gelangt war«. /4/

Allerdings setzt Mises seine Kritik gar nicht am »Sozialismus« sondern am »bürokratischen System« an. Dieses sei »antiliberal, undemokratisch und unamerikanisch«. Zumindest letztere Eigenschaft deutet darauf, daß es Mises um die US-amerikanischen Verhältnisse der Roosevelt-Ära geht.

Franklin Delano Roosevelt gewann 1932 die Präsidentenwahl unter dem Banner des »New Deal«. Soziale Maßnahmen sollten die unmittelbare Not lindern, eine andere Geldpolitik die Wirtschaft wieder in Gang bringen, die Regulierung der Finanzmärkte und die Einführung von Sozialversicherungen für eine langfristige Stabilisierung sorgen. /5/

Damit reagierte die US-amerikanische Führungselite auf die »Große Depression« nach der Weltwirtschaftskrise von 1929. Es entstand eine teilregulierte Wirtschaftsorganisation, vergleichbar mit der sogenannten »Sozialen Marktwirtschaft« in der BRD der 1950er und 60er Jahre. Mises erkennt darin eine Störung des Gleichgewichtes »bei der Machtverteilung zwischen der Zentralregierung und den Bundesstaaten«. Er sieht dies durchaus als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA, bewertet den entstandenen staatsmonopolistischen Kapitalismus aber offenbar als einen Versuch den Kapitalismus mit sozialistischen Methoden zu verwässern und tritt für einen »richtigen Kapitalismus« im Sinne des klassischen Liberalismus ein.

Diesen klassischen Liberalismus definierte der DDR-Historiker Ludwig Elm »als soziale und historische Bewegung der Bourgeoisie (die) Produkt, Ausdruck und Agens einer bestimmten historischen Epoche (ist), im wesentlichen des vormonopolistischen Kapitalismus, die von der bürgerlichen Aufklärung, der antifeudalen und antiabsolutistischen bürgerlichen Bewegung und Revolution des 18. Jahrhunderts bis zum Übergang des Kapitalismus in den Imperialismus ... reicht.« Als solche repräsentiere der Liberalismus »sowohl das bürgerlich antifeudale Streben nach ökonomischer und politischer Freiheit als auch die in der Klassenlage der Bourgeoisie wurzelnde Zwiespältigkeit und Inkonsequenz im Kampf um Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt.« /6/ Mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus würden dem Liberalismus seine ökonomischen Wurzeln entzogen. Er bestehe nun, schlußfolgert 12 Elm, davon losgelöst als Ideologie und trete

# Schöne Ideale

Eine Replik auf Stephan Fischer: »Bürokratie ist antiliberal« /1/

Stephan Fischer wünscht eine öffentliche Auseinandersetzung zu der von ihm vertretenen These, wonach »sich die Menschen zwischen Sozialismus und Liberalismus« entscheiden müßten. Er bezieht sich dabei auf den US-amerikanischen »Klassiker des Liberalismus« Ludwig v. Mises, aus dessen 1944 erschienenen Buch »Die Bürokratie« er zur Begründung seiner These zitiert /2/. Allerdings schreibt Mises deutlicher: »Die Bürger müssen zwischen Kapitalismus und Sozialismus wählen«, wobei sich Kapitalismus laut Mises durch »Privatbesitz und freies Unternehmertum« konstituiert. Was Mises unter Sozialismus versteht, geht aus den von Fischer zitierten Stellen weniger deutlich hervor. Mises polemisiert lediglich gegen die »totalitäre Planwirtschaft« und gegen die »totalitären Methoden Hitlers und Stalins«.

folglich mit fiktivem Charakter auf. /7/ Allerdings verwiesen zeitgleich andere DDR-Historiker, wie z.B. Herbert Schwab und Ernst Engelmann, auch auf die ökonomischen Grundlagen für eine Weiterexistenz liberaler Auffassungen, die »in der nichtmonopolistischen Bourgeoisie, verschiedenen Gruppen der Mittelschichten und in der Intelligenz zu finden« seien. /8/ Ob sich die Menschen für den Kapitalismus einsetzen oder für eine wie auch immer aussehende Überwindung desselben, hängt nicht zuletzt von deren sozialer Stellung ab.

Doch Mises geht es nicht um diese Alternativen. Er polemisiert vielmehr, mit wehmütigem Blick auf den Kapitalismus freier Konkurrenz des vorherigen Jahrhunderts, gegen staatsmonopolistische Auswüchse der US-amerikanischen Gesellschaft in der Mitte des 20. Jahrhunderts. Einzelne Gruppen des Großkapitals unterminieren mit ihrer wirtschaftlichen Macht die liberalen Ideale der bürgerlichen Demokratie und nehmen massiven Einfluß auf Regierungs- und Parlamentsentscheidungen, beispielsweise über eine hochgradige personelle Verflechtung zwischen staatlichen und Unternehmensstrukturen oder unter Einsatz ihrer Marktmacht. Auch die »letztliche Grundlage der (kapitalistischen) Wirtschaftsrechnung«, die Regulierung der Marktpreise durch die »Wahlakte aller Verbraucher«, wird durch die Monopole untergraben.

Fischers These »erfinderische Menschen brauchen Kapitalismus« /9/ erscheint in diesem Kontext gewagt und ist auch nicht durch Mises-Zitate belegt. Richtig ist, daß nicht nur »der Staat«, sondern auch monopolistische Wirtschaftsstrukturen »sehr wohl Verhältnisse schaffen (können), die die Bemühungen eines kreativen Geistes lähmen...«. Insoweit ist Mises zu folgen. Selbst dem Bezug zwischen »Wohlfahrtsstaat« und »Tyrannei der Herrschenden« ist kaum zu widersprechen, solange unter Wohlfahrt die Verteilung von Almosen zur Ruhigstellung der vom System Ausgestoßenen, jener, deren Arbeitskraft nicht mehr verwertet werden kann oder nicht mehr gebraucht wird, verstanden wird. Almosenempfänger sind Entmündigte und letztlich der Willkür der Almosengeber ausgeliefert. Das gilt übrigens unabhängig davon, ob es sich um Almosen nach Hartz IV handelt oder um privilegierte Bürokratengehälter. Wirkliche »Wohlfahrt« hingegen bedeutet, daß jede und jeder seinen Lebensunterhalt durch eigene Arbeit bestreiten kann. Gerade das aber wird unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zunehmend zum Luxus.

Diese Gebrechen erkennt Miles, weiß sie sogar aus den Gesetzmäßigkeiten kapitalistischer Entwicklung herzuleiten. Dennoch fällt ihm nur der Rückgriff auf die alten Formeln des Liberalismus ein. Abgesehen davon, daß auch unter Bedingungen des Kapitalismus der freien Konkurrenz nirgendwo auf der Welt die Ideale des Liberalismus auch nur annähernd verwirklicht waren, mißachtet Mises die Tatsache, daß sich Entwicklungen nicht zurückdrehen lassen. Die »freie Konkurrenz« ist Geschichte. Selbst wenn sie in einzelnen neuen Branchen immer mal wieder ihre scheinbare Rückkehr feiert, dauert es meist nur wenige Jahre, daß auch da die monopolkapitalistische Normalität einkehrt. Aktuell ist das gerade in der Solarbranche zu beobachten.

Solange Privateigentum an Produktionsmitteln /10/ der einen damit einhergeht oder sogar dadurch bedingt ist, daß die anderen »frei« von solchem Eigentum sind, ist »freies Unternehmertum« immer mit der Abhängigkeit der Eigentumslosen von den Eigentümern verbunden. Und die schönen Ideale des Liberalismus bleiben was sie sind – nämlich Ideale.

Zur Realisierung liberaler Ideale sind andere Bedingungen notwendig, als dem Liberalismus vorschweben. GERD MARKMANN

/1/ Stephan Fischer: Bürokratie ist antiliberal, in: Barnimer Bür-

gerposi (/2012, 3.12 /2/ Ludwig v. Mises: *Die Bürokratie*, Friedrich-Naumann-Stiftung »Klassiker der Freiheit«, Academica-Verlag, 2004. US-amerikanische Originalausgabe: Bureaucracy, Yale University Press, New Haven, 1944. Alle Mises-Zitate nach Fischer (Anm. 1)

/3/ Programm der Partei DIE LINKE 2011, Abschnitt I: Woher wir kommen, wer wir sind, http://www.die-linke.de/partei/dokumente/programmderparteidielinke/

/4/ Gerd Markmann: Was war die Wende?, unveröffentlichtes Ma nuskript vom 4.12.1992

/5/ http://de.wikipedia.org/wiki/New\_Deal

/6/ Ludwig Elm: Zwischen Fortschritt und Reaktion. Geschichte der liberalen Bourgeoisie in Deutschland 1893-1918, in: Schriften des Instituts für Geschichte. Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Reihe 1: Allgemeine und deutsche Geschichte, Bd. 32 Berlin 1968 S 269 7itiert nach: Wilma Ruth Albrecht: Libera lismusdiskussion in der DDR, in: JahrBuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2012/II, S. 112.

/7/ Ebenda, S. 113

/8/ Manfred Weißbecker: Probleme des Liberalismus. Konferenz der Arbeitsgemeinschaft »Geschichte der bürgerlichen Parteien in Deutschland«, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 1967, H.1, S.82, Zit, nach: Albrecht; Liberalismusdiskussion, S. 115 /9/ Fischer, Bürokratie

/10/ Dazu gehört zunehmend auch das, was heutzutage als know how« bezeichnet wird und nicht unbedingt am fixen Kapi tal gebunden sein muß.



### Was klopft an der Tür! Die Finanzkrise? | Mehr als viel

Viele kluge Köpfe hat nicht nur die BRD, sondern sie sind auf der ganzen Welt zu finden. Sie erheben ihre Stimme gegen die Globalisierung der Welt unter der Fuchtel des ungezügelten Finanzkapitals. Europa ist von einem chaotischen Taumel entlang eines abgrundtiefen Crashs erfaßt. Die Regierung des Verwaltungsstaates BRD versucht dem Volk weiszumachen, daß sie gegen die rundum grassierende Krise gesichert ist. Trotz Warnungen, selbst aus den eigenen Reihen, und sehenden Auges marschiert die Kanzlerin, von einer unbeschreiblichen Arroganz befallen, dem Aus entgegen.

Die Unfähigkeit des Kapitalismus, eine von Korruption, Betrug und Krieg befreite Gesellschaft aufzubauen, ist spätestens seit dem Eintritt der BRD in die weltweit unter US-amerikanischem Kommando geführten kriegerischen Auseinandersetzungen für jeden aufmerksamen Beobachter sichtbar. Der Kampf um die Absatzmärkte und Sicherung ausländischer Rohstoffquellen geht nicht mehr ohne kriegerische Konflikte. Das verlangt von den Kriegführenden natürlich Unsummen von Geld. Wer das erwirtschaften muß, ist wohl klar. Es gibt auch in der BRD keinen Goldesel!

Mit ihrem Buch »Freiheit statt Kapitalismus« hat Sarah Wagenknecht eine breite Diskussion losgetreten, die bei vielen mitdenkenden Menschen zur Überlegung beigetragen hat, daß etwas anderes passieren muß, als nur schöne Worte und Versprechungen zur Beruhigung zu machen. Die Meldungen der Presse über die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in unserer Region sprechen für sich. Das Gestammel um die Gründe unverändert hoher Arbeitslosenquoten in den Kreisen Barnim und Uckermark spottet jeder Beschreibung. Da wird empfohlen, mehr von der Nähe Berlins Gebrauch zu machen, obwohl die Quoten in Berlin kein bißchen niedriger sind als hierzulande. Die Mobilität müsse erhöht werden!

Täglich sollen Tausende nach Berlin rein oder raus fahren, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Noch mehr! Als ob das nicht schon ietzt übermäßig der Fall ist. Dabei wird völlig außer acht gelassen, wie unzuverlässig die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel ist und diese zudem oft ohne die Inanspruchnahme eigener Transportmittel gar nicht erreichbar sind. Man stelle sich vor, Reinigungsfacharbeiterin A wohnt in Buckow und soll ihren Arbeitsplatz morgens um 5 Uhr in Berlin antreten. Ohne Auto geht da nichts! Wie umweltschonend solche Abläufe sind, braucht keinem erklärt zu werden. Dazu kommen noch die niedrigen Entgelte in unseren Breiten. Da bleibt man lieber mit Hartz IV zu Hause oder versucht sich mit einem kleinen Nebeneinkommen aus der Hauswirtschaft über Wasser zu halten. Aber Achtung: Finanzamt!

Und wie steht es mit der Ansiedlung von Gewerbe oder gar Industrie in der Region? Die wenigen kärglichen Versuche leiden unter Schwindsucht oder anderen ansteckenden Krankheiten. Wenn der Profit nicht mehr hoch genug ist, wird dicht gemacht. In dem Fall gibt es keine Subventionen in Millionenhöhe für die betroffenen vor die Tür gesetzten Menschen, wie im Falle des Ausfalls verzockten Ka-



pitals bei den Bankinstituten. Noch sind die Folgen der Krise in Deutschland nicht offensichtlich, aber sie stehen schon vor der Tür: die Wachstumsaussichten werden schlechter, da die Exporte wegen Zahlungsschwierigkeiten im Ausland zurückgehen. Gegensteuern kann man nur, wenn der Binnenmarkt belebt wird und statt Lohndumping aller Couleur höhere Löhne, Renten und Sozialleistungen gezahlt werden. Das ist das Gegenteil vom Sparprogramm der Bundesregierung.

Richtig schlimm wird es, wenn die Haftungssummen in Milliardenhöhe fällig werden. Dann fällt es uns auf die Füße mit weiteren enormen sozialen Kürzungen. Schlußfolgerung muß sein: Diese Regierung gehört eher heute als morgen abgewählt. Anfang der achtziger Jahre sagte ein bayrischer Unternehmer, der täglich Brikett aus den Lausitzer Kohlefabriken holte: »Die fetten Jahre sind vorbei. Wir kämpfen um unsere Existenz!« Für uns in der ehemaligen DDR haben sie für die meisten Menschen noch gar nicht angefangen. Blüten treibt nur das Kapital.

Die »Aktionseinheit Links«, zu der sich Mitglieder der Parteien Die Linke, der DKP, der KPD und Mitglieder des RotFuchs-Fördervereins zusammen gefunden haben, führen abgestimmte Diskussionsveranstaltungen zu der Frage durch, wie ein neues demokratisches Deutschland ohne Kapitalismus aussehen soll.

Nächste Gelegenheit ist eine Leserversammlung des »RotFuchs« am 16. August um 14.30 Uhr in der Gaststätte »Waldhaus«, Eberswalde, Schönholzer Str. 12 mit einer Diskussionsrunde über »Aktuelle Politische Fragen«. Am gleichen Ort zu gleicher Uhrzeit am 30. August 2012 referiert Mirko Wolfgramm (Student) über »Lernen und Studieren in der BRD«. Jeder Interessierte ist gern gesehen.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Zum Tod von Robert Kurz (1943-2012)

Mit Robert Kurz ist am 18. Juli einer der wichtigsten Denker einer fundamentalen Erneuerung der Gesellschaftskritik von uns gegangen. Seine besten Schriften datieren für mich aus dem letzten Jahrzehnt des letzten Jahrhunderts. Aufsätze wie »Aschermittwoch des Marxismus« (1990), »Die Demokratie frißt ihre Kinder« (1993) oder »Antiökonomie und Antipolitik« (1997) und einige andere haben nichts an Gültigkeit und Prägnanz verloren. Bobbys Texte öffneten wahrlich neue Horizonte. »Der Kollaps der Modernisierung« (1991) war eine der bedeutendsten Publikationen linker Theorie nach 1945. Posthum erscheint Ende des Monats noch das Buch »Geld ohne Wert«.

Bis zum Februar 2004 war Robert Kurz den Streifzügen und auch mir aufs Engste verbunden. In fast jeder Nummer zwischen 1999 und 2003 erschienen Artikel von ihm, hier zu publizieren und das Projekt zu unterstützen, war damals ganz in seinem Sinn. Ich habe jedenfalls mit ihm fast ein Jahrzehnt (1995-2004) intensiv zusammengearbeitet, es waren Jahre des Aufbruchs. Ich habe bei keinem anderen so viel gelernt wie bei ihm. Der Crash in der Krisis 2004 beendete diese Phase allerdings jäh.

Robert Kurz zeichnete sowohl eine ansteckende Herzlichkeit aus als auch eine ebenso ansteckende Unerbittlichkeit. Beides habe ich kennengelernt. Verschwiegen werden soll daher auch nicht, daß die Zusammenarbeit im ultimativen Bruch endete. Er kündigte mir die Freundschaft, ich kündigte ihm die Feindschaft. Was zur Folge hatte, daß er sie exzessiv auslebte und ich sie intensiv erlebte. Doch in Bruch gegangen war dabei weit mehr. In Bruch gegangen war die Attraktivität der Wertkritik und ihrer Zusammenhänge.

Robert Kurz war ein zutiefst analytischer Kopf mit einer hervorragenden Formulierungsgabe. Er konnte Kompliziertes sehr gemeinverständlich erklären. Früher spürte man seinen Texte auch Frische und Wärme an, sie berührten nicht nur intellektuell, sondern auch emotional. Wärme und Frische sind ihm leider abhanden gekommen, vor allem auch weil Bobbys Position sich verhärtet und seine Stimmungslage sich in den letzten Jahren ungemein verdüstert hat. Kurz war einerseits der feinsinnige Denker, der ausgezeichnete Schriftsteller, andererseits aber auch ein übrig gebliebener Recke finsterster K-Gruppen-Manieren, der oft Übergriff und Eingriff nicht unterscheiden konnte. So hat sich der (im wahrsten Sinne des Wortes) Kämpfer Robert Kurz gerade wegen seines Hangs zum »Handgemenge« zweifelsohne unter seinen Möglichkeiten geschlagen, da mag er das Schreibtempo noch so angezogen und die Intervention noch so verschärft haben. Er ist sich so oft selbst im Weg gestanden.

Aber was übrig bleibt, ist immer noch mehr als viel. Es sind wahre Schätze darunter, die Bestand haben werden. FRANZ SCHANDL



iese Frage ist nicht leicht zu beantworten. Aber der Eberswalder Historiker Ludwig Arendt, in den 1950er Jahren Direktor der Bruno-H.-Bürgel-Schule, erwähnt diese Revolte in seinen Erinnerungen, die leider nicht datiert sind, aber vermutlich aus dem Jahre 1954 stammen./2/

Ludwig Arendt ordnet diese spontane Hungerrevolte ein in die im Kreis Oberbarnim im August 1922 ausgebrochene Streikwelle der Landarbeiter. Im Jahr 1922 verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Arbeiter in Stadt und Land dramatisch. Die beginnende Inflation warf ihre Schatten voraus. Die Landarbeiter erhielten zwar einen Teil ihres Lohns in Naturalien und standen sich damit etwas besser als das Industrieproletariat. Aber die zunehmende Verelendung konnte dies nicht auf-

Am 10. August traten die Landarbeiter auf 20 Gütern des Kreises Oberbarnim in den Streik, der bis dahin größten Kampfaktion des Landproletariats. Anlaß für diesen Streik waren Akkordlohndifferenzen, die durch Vermittlungsaktionen nicht beigelegt werden konnten.

Als der Streik immer weiter um sich griff, setzte die Regierung der Weimarer Republik Polizei ein und unterstützte die Rittergutsbesitzer mit der Streikbrecherorganisation »Technische Nothilfe«. Aber alle Versuche den Streik abzuwürgen bewirkten das genaue Gegenteil. Auf 13 Gütern konnte die Arbeit der »freiwilligen Helfer« nur notdürftig und unter dem Schutze der Polizei durchgeführt werden. Bereits am 16. August hatte sich der Streik auch auf die anliegenden Kreise ausgebreitet.

In Tiefensee »forderte der Sprecher der Kopfund Handarbeiterunion unter dem Vorsitz des Mitgliedes der KPD des früheren Kreisleiters des Landarbeiterverbandes Baumann: 1. Anerkennung der Tariffähigkeit der Union, 2. Annahme der aufgestellten Lohnforderungen, 3. Abzug der Polizei, 4. Abzug der Technischen Nothilfe. «/3/

Da diese Forderungen nicht erfüllt wurden, weitete sich der Streik aus. Im Kreis streikten nun die Landarbeiter auf 33 Gütern mit 20.000 ha Ackerfläche.

#### Das KZ umhäkeln

Vom 13. bis zum 25. August werden wir die Fläche des ehemaligen Außenlagers des KZ Ravensbrück in Eberswalde gemeinsam mit der Künstlerin Hanna Sjöberg ins kollektive Gedächtnis zurückholen. Große Teile des ehemaligen Lagers sind mittlerweile abgerissen. Unsere Baracken, die einstmals dazu gehörten, und die vorhandene Ausstellung sind der Ausgangspunkt für das aktuelle Vorhaben. Beteiligen können sich alle, die Lust haben, die ganze Zeit, an einem Tag oder immer mal für eine Stunde. Jeden Tag ab 10 Uhr ist es möglich anzudocken. Am 25. August findet am Nachmittag ein feierlicher Abschluß der Aktion neben dem jährlichen EXIL Kinderfest statt. EXIL e.V. Vor 90 Jahren:

# Hungerrevolte in Eberswalde

Landarbeiterstreik im Kreis Oberbarnim

von Udo Markmann

Der Eberswalder Stadtchronist Dr. Rudolf Schmidt schreibt in seiner Geschichte der Stadt Eberswalde: »Die Inflation machte inzwischen weitere Fortschritte, nichts konnte den völligen Niedergang mehr aufhalten. Am letzten Augusttag 1922 kam es zu umfangreichen Plünderungen, namentlich in der Altstadt und in der Neuen Kreuzstraße (heute Friedrich-Ebert-Straße, d. Red.). Aus Potsdam herbeigeeilte Staatspolizei machte aber auch diesem Aufstand schnell ein Ende. Es hatte ein Todesopfer gegeben, drei Frauen waren durch Beinschüsse erheblich verletzt worden, acht Arbeiter wurden verwundet, davon drei schwer.«/1/ Mehr erfährt man von Schmidt nicht. Was steckt hinter dieser Revolte? War sie ein von den Kommunisten im Roten Finowtal initiierter Umsturzversuch oder ein isoliertes Ereignis?

Am 17. August hieß es im Stadt-und Landboten (Nr. 191, 82. Jg.): »Es ist daher selbstverständlich, daß mit allem Nachdruck der Einsatz der Technischen Nothilfe in den landwirtschaftlichen Betrieben durchgeführt wird und es dürfte keinen Mann, keine Frau im Kreise geben, die sich nicht, wenn irgend möglich, der bedrohten Landwirtschaft zur Verfügung stellt. ... Gelingt es dieser kommunistischen Gruppe, auch nur das geringste zu erreichen, so ist damit zu rechnen, daß auch in anderen Kreisen ... diese Streikbewegung ausbricht.« Und einen Tag später klagte die gleiche Zeitung in ihrer Nr. 192: »Die Bewegung scheint ... von Brandenburg und Pommern auch auf die Provinz Hannover überzugreifen. In den Kreisen Hameln und Springe sind die Landarbeiter gestern in den Streik getreten.«/4/

Ludwig Arendt berichtet auch von Kämpfen mit den Streikbrechern: »So am 12. August 1922 auf dem Gut Gottesgabe bei Altfriedland. Streikende aus Ringenwalde, Reichenberg und Julianenhof gingen unter Führung des Gutsstellmachers Wallendonski und des Gutsschmiedes Westphal aus Julianenhof gegen die Streikbrecher vor und verprügelten sie. Auf dem Vorwerk Schauhof setzten sie die Erntemaschinen außer Betrieb.« /5/

Mit Hilfe des sozialdemokratischen Landarbeiterverbandes konnte der Streik schließlich doch unterdrückt werden.

Und dann schreibt Ludwig Arendt: »Schon 14 Tage später kam es zu schweren Unruhen in der Stadt Eberswalde. Ursache war die ständig sinkende Kaufkraft des Geldes.« Der Preis des Obstes auf dem Wochenmarkt stieg am 31. August 1922 in kurzer Zeit von 6 auf 12 Mark, der Heringe von 12 auf 18 Mark.

»Als der Händler Winter einer Frau Ohrfeigen anbot, brach der Sturm los. Nach kurzer Zeit glich der Markt einem Schlachtfeld. Die erregte Menge drang in die Bäckereien und Lebensmittelgeschäfte ein und verteilte die Waren. Schließlich wurden auch die Vorräte aus den Speichern der Kartoffelhandlung Paul Krüger herausgeholt. Als sich die Unruhen nicht legten griff die Potsdamer Polizei ein. In der Neuen Kreuz-Straße (Friedrich Ebert-Straße, U.M.) schoß sie in die wehrlose Menge. Die Arbeiter hatten 2 Tote und eine große Anzahl Verletzte zu beklagen. Wenn auch die Erregung der Arbeiter mit Waffengewalt unterdrückt wurde, so gärte es doch weiter.« /6/

/1/ Rudolf Schmidt: Geschichte der Stadt Eberswalde, Band 2, Verlagsgesellschaft Rudolf Müller, Eberswalde 1991, Neuauflage Buchhandlung Mahler, Eberswalde 1994, S. 373.

/2/ Ludwig Arendt: Erinnerungen, Manuskript, ca. 1954, Museum in der Adlerapotheke

/3/ ebenda.

/4/ ebenda.

/5/ ebenda.

/6/ ebenda

### 60 Jahre Pionierrepublik

Vor 60 Jahren wurde die Pionierrepublik am Werbellinsee vom Staatspräsidenten der DDR Wilhelm Pieck den Kindern übergeben. In das Kinderparadies delegierten die Schulen ihre Besten. Wir werden dieses neue Leben vor einem neuen Krieg zu schützen wissen, sagte Wilhelm Pieck. Das zentrale Kinderferienlager der DDR entstand nach dem Vorbild des sowjetischen Allunions-Pionierlagers Artek auf der Krim. Für 18 Millionen DDR-Mark wurde in Altenhof Einmaliges geschaffen. Betriebe, wie das PCK Schwedt, der VEB Fernsehelektronik Berlin, der VEB Schiffsarmaturen und Leuchtenbau Finow, viele FDJ-Grundorganisationen, aber auch die Jagdfliegereinheit »Herrmann Matern« trugen finanziell zum Aufbau und Betrieb der Pionierrepublik »Wilhelm

Pieck« bei. Auf einer Fläche von 1,2 Quadratkilometern entstanden neben den Ferienunterkünften für die Kinder eine Sporthalle, eine Schule, ein Café, eine Kindertagesstätte. Später fand auch eine mongolische Jurte ihren Platz auf dem Gelände.

Durch die Schule konnten sich auch außerhalb der Ferien Pioniere bei Sport und Spiel erholen. Der Arbeiter- und Bauernstaat sparte nicht, wenn es um das Wohl der Kinder ging. Dies fand die Unterstützung der Werktätigen in Industrie und Landwirtschaft.

In den Schulen der DDR wurden die Schuldigen der Kriege und wer daran verdiente klar genannt. Frieden ist das wichtigste für alle Menschen, war die Botschaft.

NORBERT GLASKE



# Frischfleisch für Dieter Bohlen

Wer Kinder zur Lustbefriedigung Erwachsener mißbraucht, gilt als pervers und muß rechtens mit schärfster Strafe oder – im minder schweren Fall – mit psychiatrischer Therapie rechnen. »Wer in Kinderseelen irreparable Schäden anrichtet, begeht ein Verbrechen, das gesellschaftlich zu ächten ist«, heißt es in einem Papier des Kinderschutzbundes, der – nebenher bemerkt – weit weniger Mitglieder hat als der Tierschutzverein.

Nun beglückt der Leitkultursender RTL seit einigen Wochen den Teil der Nation, dem eine Hirnzellenauffrischung anzuraten wäre, mit einer Show, deren Charakter und Anliegen nicht nur gegen alle guten Sitten und jeden Anstand verstoßen und gegen die Ächtungsforderung der Kinderschützer, sondern auch gegen den ersten Artikel der Verfassung, dem, in dem von der Unantastbarkeit der Menschenwürde gesprochen wird. Kinder, hat es den Anschein, sind (noch) keine fertigen Menschen - da darf schon mal getastet werden. Wie sonst ist zu erklären, daß noch keiner der rotrobigen Verfassungsrichter Anklage erhoben hat in Sachen der »Kid«-Variante von »Deutschland sucht den Superstar« (DSDS)?

Da sitzen – womit die Unzumutbarkeit schon beginnt – der spätpubertäre Egomane Bohlen, die gewesene Gottschalk-Zutat Hunzinger und eine gewisse Frau Schweiger, gewesene Gattin eines Mimen der Mittelklasse, und gucken hin, wenn zu kleinen Sexbömbchen aufgepeppte Kindergartenmädchen von \*love and kissing\* singen. Rollen verklärt die Augen, wenn ein Zehnjähriger, den Mama und Papa auf Bill Haley (Fliege, Schmachtlocke) getrimmt haben, inmitten einer Herde von aufgetakelten Hupfdohlen auf Rock and Roll macht; können das Augenwasser nicht halten, wenn \*Mein Freund, der Baum\* der Kehle einer Konfirmandin entwächst.

Dazwischen Interviews mit den jungen Talenten. Was die Kinder ausstammeln, ist entweder das Ergebnis stundenlanger Einübung oder hört sich exakt so an wie die wortschatzidentische Kommentierung der jeweiligen »Lei-

stungen« durch Michele Hunzinger: »Supi, echt super, wirklich super, echt kraß, supergeil, super...«

Immerhin waren 38.000 Eltern bereit, ihre Sprößlinge zum Affen machen zu lassen – so viele Bewerbungen für die große Peinlichkeit gingen beim führenden Primatensender ein. Im Vorgang der Aussiebung drückte man den weitergekommenen Boys und Girls Fragebögen in die Händchen, um, so die RTL-Sprecherin, etwas von deren Vorleben zu erfahren. Die meist noch nicht Vierzehnjährigen wurden unter anderem danach gefragt, ob sie schon mal Nacktfotos von sich hätten machen lassen. Nicht ein Elternpaar nahm diese Perfidie zum Anlaß, sein Kind aus dem Bohlen-Kader zurückzuholen, was gewisse Rückschlüsse erlaubt.

Und natürlich, wie zu erwarten, kann der schmierige Juryhäuptling von süffisanten Andeutungen und albernen Gockeleien auch dann nicht lassen, wenn es um die Jüngsten im Lande geht. Der Mann ist derartig verhaltensgestört, daß ihn die Gier nach andauernder Originalität zu immer neuen Rüdheiten und Ausfällen geradezu zwingt. In unserer Schulzeit nannten wir diese Typen Klassenkasper: Mathe Fünf, aber immer die große Fresse. Aber da waren wir Schüler. Bohlen geht auf die Sechzig...

In Ländern mit einigermaßen intakter Zivilisiertheit wären Shows, in denen auf Erwachsenenrituale abgerichtete Kinder zum Ergötzen Älterer, die eigenen Väter, Mütter und Großeltern vorneweg, vorgeführt werden, nicht vorstellbar. Da würde, wie in Schweden, schon die Königin für sorgen, die sich mächtig gewaltig für Kindeswürde einsetzt. Unser Küstenjesus könnte was davon lernen...

Heinz Quermann war mir immer suspekt, war mir zu devot und plapprig. Zehn Minuten Bohlen-Scheiß haben mich gelehrt, das alte Vorurteil zu korrigieren. Zwar ging der Heinzelmann in seiner Talentesuchesendung bieder und linkisch mit seinen nachgewachsenen Jodlern, Trompetern, Sängern und Pantomimen um, aber stets ehrlich und väterlich. Und nach Aktfotos hat er nie gefragt...

Dr. STEFFEN PELTSCH

# Stadtfest und Atommüll

Am 2. Juni schwamm ein strahlender Atommülltransport direkt durch Eberswalde. Weder die für den Katastrophenschutz zuständigen Stellen, noch die Bevölkerung wurden über die Gefahr informiert. Zeitgleich feierten die Menschen in Eberswalde das Stadtfest FINE.

Wir starteten vielfältige Protestaktionen, um die Menschen zu informieren und ein deutliches Zeichen gegen Atomkraft und die Castortransporte zu setzen. Auf dem Eberswalder Marktplatz veranstalteten wir ein politisches Straßentheater und direkt über dem Oder-Havel-Kanal eine Mahnwache. In dem Castor waren stark strahlende Dampferzeuger und Pumpen, die in Lubmin zerlegt werden sollen.

Anschließend soll nach Angaben von EnBW, Betreiber des AKW Obrigheim, der Atommüll wieder nach Obrigheim zurücktransportiert werden. Das heißt, das Risiko eines Unfalls mit dem strahlenden Atommüll wird sogar zweimal riskiert. Bei dem Schiffstransport vom AKW Obrigheim ins Zwischenlager Nord wurden 1.520 km quer durch Deutschland zurückgelegt, ohne daß große Sicherungsmaßnahmen durchgeführt, Information an die Bevölkerung und an die zuständigen Landesstellen weitergegeben wurden. Dabei wird eine Havarie, welche ähnlich Ausmaße haben könnte wie der Atomunfall in Fukushima, in Kauf genommen.

Eberswalder Anti-Castor-AktivistInnen

### Kicken für Jugendarbeit

Die Barnimer Jusos (Jugendorganisation der SPD) werden in diesem Jahr wieder ein Fußballturnier veranstalten. Dieses Turnier möchten wir auch in den kommenden Jahren zu einer gewissen Tradition machen.

In diesem Jahr kicken wir für eine bessere und ausfinanzierte Jugendarbeit und für unabhängige Freiräume für junge Menschen im Barnim. Der Landkreis Barnim ist gerade dabei, einen neuen Jugendhifeplan zu erarbeiten, der Kürzungen für Jugendarbeit beinhalten kann. Außerdem wurden Fördertöpfe im Kreis und den Gemeinden für politische Bildungsarbeit, Kultur und Sport eingeschmolzen. In den Städten und Gemeinden sieht es deshalb oft schlecht mit Freizeit- und kulturellen Angeboten für junge Menschen aus. Hinzu kommen Anwohner die sich belästigt fühlen, steigende Kosten für das Clubhaus und viele andere Probleme.

Wenn wir ein großes Turnier mit vielen Jugendclubs, Vereinen, Initiativen und Cliquen zusammen bekommen, können wir ein Zeichen gegen die Ausdünnung von Jugendarbeit und Jugendkultur setzen!

Deshalb kommt alle zum Fußballturnier am 11. August, 12 Uhr in Eberswalde, Boldtstraße (links vor der Brücke über den Finowkanal, wenn man in Richtung Mischfutterwerk fährt) Anmeldung bitte bis zum 10. August unter juso.fussball(at)gmail.com. Wir spielen im Halbfeld, meldet deshalb Mannschaften mit mindestens 6 Personen an. Es handelt sich hierbei um ein Turnier mit Amateurmannschaften. Der 1. Platz ist mit 100 Euro für eure Jugendinitiative dotiert. Der zweite Platz mit 50 Euro und der dritte Platz mit 30 Euro. Mindestalter für die Teilnahme ist 12 Jahre. Nazis dürfen nicht mitspielen.

http://spdnet.sozi.info/brandenburg/barnim/jubarn/

#### Stärkung der Menschenrechte

Eberswalde (prest-bar). Die Beauftragte für Migration und Integration des Landkreises Barnim Marieta Böttger begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, nach der Asylbewerber und Flüchtlinge in Deutschland ab sofort deutlich mehr Geld bekommen müssen. »Ich mußte immer wieder hilflos mit ansehen, wie schwer es die Betroffenen hatten, mit nur 200 Euro ihren gesamten Lebensunterhalt - also Lebensmittel, Bekleidung, Telefon, Fahrgeld und noch einiges mehr - zu bestreiten«, sagt die Beauftragte und erklärt, daß es seit der Einführung dieses Sondergesetzes 1993 keine einzige Erhöhung der Leistungen gab. »Die Zeitspanne, während der Asylbewerber nur dieses abgesenkte Geld erhielten, erhöhte sich von anfangs zwölf Monate auf später 48 Monate. Das war eine reine Abschreckungsmaßnahme. Wir sind froh und erleichtert, daß dieser unhaltbare Zustand sofort ein Ende findet und fordern den Gesetzgeber auf, das Asylbewerberleistungsgesetz gänzlich abzuschaffen«, so Marieta Böttger weiter.





# Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die "Barnimer Bürgerpost"	
uzwei Ausgaben zur kostenlosen Probe	
Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)	
ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)	
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzwschwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)	
Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)	
Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)	
Die "Barnimer Bürgerpost" erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegel Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb üb Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).	
Ich zahle: 🗖 per Bankeinzug 🗖 per Rechnung	
Kontonummer Bank Bankleitzahl	
Name, Vorname Straße, Hausnummer	
PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in	
Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:	
Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in	ı
☐ Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):	
E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)	

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)



#### **KULTURBAHNHOF FINOW**

15.9., 20 Uhr: Tanz im Bahnhof (Ü 30) 19.9., 15 Uhr: »Bonjour Eberswalde!«, Konzert & Tanz, Französischer Nachmittag mit

anschließendem Tanz 10.10., 15 Uhr: Tanzcafé

17.10.. 15 Uhr: Im Wald und auf der Heide Chorkonzert mit Eberswalder Chören

– Änderungen vorbehalten –

Karten + Vermietung: Kulturbahnhof Finow

Tel. 03334-2779628

### Rentensprechstunde

Die Rentensituation ist nach wie vor ein brisantes Thema. Gut, daß es kostenfreie beratende Instanzen gibt.

Der nächste Termin der öffentlichen Rentensprechstunde der »Brandenburgischen Rentnerinitaitive« in Eberswalde ist am Mittwoch, dem 8. August, von 10 bis 13 Uhr in den Räumlichkeiten der der Volkssolidarität in der Mauerstr. 17 (Richterplatz).

Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« unter Leitung von Frau Dr. Ruth Sommerfeld gibt jeden zweiten Mittwoch im Monat Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen.

ANDREA HOEHNE

### Mitgliederversammlung

Der Verein Barnimer Bürgerpost e.V. trifft sich am 14. September, 16 Uhr, im Bürohaus Ulrich-Speicher (Fr.-Ebert-Str. 12), um den Vorstand neuzuwählen, die Finanz- und Arbeitspläne für das Jahr 2012 zu beschließen und über die weitere Zukunft zu beraten.

### impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V. anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde telefon: (0 33 34) 35 65 42 e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de bbpforum: http://de.groups.yahoo.com/ group/bbp-forum/ und .../bbp-blog/ redaktion: Gerd Markmann fotografie: Archiv (2), Frakima, Hoffmann, Lindner, Markmann, Müller, Steiner druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088 redaktionsschluß: 2. August 2012 Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit

der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 30.8.2012. 12 Uhr.